Sonnabend, 7. Januar 1933
Nr. 6 / 3. Jahrgang
BRESLAU

Wochenend-Ausgabe

Preis 10 Pfg.
Reichsausgabe

SAZ Sozialistische Arbeiter Zeitung

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Aus dem Inhalt:

Wirtschaft und Politik der Woche
Die aktuelle Bilder-Woche
Coolidge gestorben
Japan dringt weiter vor
Neue rumänische Greueltaten
Ein französischer Fall Jäger
„Seefahrt ist Not"
Bankrotteure an der Spitze der Gewerkschaftsbewegung
Kommunistisches Präsidium in Chemnitz

Hitler im Bunde mit Papen!

Der Naziführer Arm in Arm mit dem Herrenreiter! — Die Gegenmine: Strasser und Röhm bei Schleicher! — Was sagen die SA-Proleten zu diesen Vorgängen?

Die Führung der nationalsozialistischen Partei hat einen Schritt unternommen, der neue heftige Debatten unter den Mitgliedern und Anhängern der NSDAP auslösen und die Krise in der nationalsozialistischen Bewegung weiter verschärfen wird.

Adolf Hitler hat in Köln eine Unterredung mit dem früheren Reichskanzler v. Papen gehabt!

Diese aufsehenerregende Meldung wurde zuerst durch die „Tägliche Rundschau" veröffentlicht, ein Blatt, das dem Reichskanzler von Schleicher besonders nahesteht. Daraufhin war auch der „Völkische Beobachter" gezwungen, über diese Unterredung zu berichten. Er meldet, es habe sich „lediglich um eine zwanglose Unterhaltung über die politischen Vorgänge der letzten Wochen gehandelt". Ohne ein Wort Kommentar wird diese Mitteilung den Anhängern und Mitgliedern der NSDAP vorgesetzt!

Als ob es das Selbstverständlichste von der Welt wäre, daß Hitler mit Papen verhandelt.

Man muß sich erinnern, mit welcher Heftigkeit Hitler und die ganze nationalsozialistische Führung den Reichskanzler v. Papen seit dem 13. August bekämpft hatten, wie sie ihn als das Prinzip des politisch Bösen, als den reaktionärsten aller Reaktionäre anprangerten. Mit diesem Herrn v. Papen, der in der Tat der schärfste aller politischen Scharfmacher ist, setzte sich jetzt Hitler an einen Tisch! Derselbe Hitler, der in seinen Versammlungsreden die radikalsten Töne anzuschlagen beliebt.

Das ist ein Grad der Zweideutigkeit, ein Maß des Betruges der eigenen Anhänger, das

selbst für die NSDAP einen Gipfelpunkt darstellt.

In dieses Bild paßt der Ort, an dem die Unterredung stattfand. Papen und Hitler trafen sich bei dem Kölner Bankier, Baron Kurt von Schröder, Mitglied des Aufsichtsrats der zum Flick-Konzern gehörenden Charlottenhütte. Vielleicht haben sich die Herren bei dieser Gelegenheit auch über die Schwerindustriellen-Subventionen an die NSDAP ausgesprochen!

Ueber die Einzelheiten der Unterredung liegen einander widersprechende Nachrichten vor. Herr v. Papen behauptet, mit gespielter Arglosigkeit, die Aussprache habe sich lediglich um die Frage gedreht, wie die NSDAP in eine nationale Konzentration eingegliedert werden könne. Die Besprechung sei daher, so behauptet Papen, keineswegs gegen den Reichskanzler v. Schleicher gerichtet gewesen. Andere Meldungen, denen größere Wahrscheinlichkeit zukommt, berichten, Hitler versuche, auf dem Wege über Papen neue Verbindung zu Hindenburg zu bekommen. Auf diese Weise hoffe er, eine neue Aussicht zur Erringung der Regierungsmacht zu erlangen.

Wie dem auch sei:

fest steht, daß Hitler zusammenarbeitet mit dem reaktionärsten Vertreter des Hugenberglagers!

Vielleicht, wahrscheinlich hat er gehofft, die Tatsache seiner Unterredung mit Papen werde geheim bleiben. Daß sie nun so rasch der ganzen Oeffentlichkeit bekannt geworden ist, dürfte der nationalsozialistischen Führung im höchsten Maße unbequem sein.

Dies um so mehr, als die Schwierigkeiten in den Reihen der NSDAP ständig zunehmen.

Gregor Strasser ist aus seinem „Urlaub" zurückgekehrt, aber er lehnt es ab, sich mit Hitler auch nur auszusprechen.

Statt dessen hatte Strasser eine Unterredung mit Schleicher. Schleichers Pläne in bezug auf Strasser sind noch nicht ganz geklärt; wahrscheinlich will der Reichskanzler zunächst das Terrain sondieren und vor allem feststellen, wie weit der Einfluß Strassers in der NSDAP reicht — ob es also lohnt, sich mit ihm und seinen Anhängern zu verbinden. Für diesen Fall besteht immer noch der Plan, Strasser zum preußischen Minister-Präsidenten und gleichzeitig zum Vize-Kanzler im Reichskabinett zu machen. Ein anderer Gedanke, den die „Frankfurter Zeitung" mitteilt, wäre, Herrn Strasser „ein umfassendes Ressort zu übertragen, das von der Arbeitsbeschaffung bis zur Organisierung all jener Dinge führt, die schon deshalb von größter Bedeutung sind, weil

an ihrem Ende das Regierungsziel der Miliz

steht, vor allem also auch des „Arbeitsdienstes". Man erinnert sich in diesem Zusammenhang daran, daß die Regierung Papen kurz vor ihrem Sturz die Absicht hatte, ein solches zweites Wehrministerium unter dem Stahlhelmführer Seldte zu schaffen. Wenn auch der jetzige Plan vorläufig nur ein Plan ist, so muß doch die Arbeiterschaft diesem gefährlichen Beginnen die größte Aufmerksamkeit schenken und ihm den schärfsten Widerstand entgegensetzen.

Die Unterredung Schleichers mit Strasser bezweckte vor allem, auf diese Weise Hitler und die nationalsozialistische Führung unter Druck zu setzen. Diesem Ziel diente auch eine weitere Unterredung, die Schleicher bereits vor einigen Tagen mit Hauptmann Röhm gehabt hat. In dieser Unterredung soll, wie zuverlässig berichtet wird, „Stabschef" Röhm scharfe Kritik an Hitlers Führung geübt haben. Schleichers Plan scheint nun zu sein:

Strasser und Röhm einander zu nähern und sie als Gegengewicht gegen Hitler im politischen Intrigenspiel einzusetzen.

All diese Nachrichten zeigen, in welch kritische Situation die Führung der NSDAP geraten ist. Zehntausende von Mitgliedern, Hunderttausende von Anhängern der NSDAP werden auf Grund dieser Dinge der Bewegung den Rücken kehren. Für die Arbeiterschaft kommt es darauf an, diese bisherigen Anhänger der NSDAP, soweit sie irregeleitete Proletarier sind, von ihrem falschen Denken zu befreien und ihnen weiter zu helfen zur Erkenntnis des proletarischen Weges aus der kapitalistischen Krise.

Das kann allerdings nicht nur durch Diskussionen erreicht werden. Voraussetzung für die Ueberzeugung und Gewinnung dieser bisher in die Irre gegangenen proletarischen und proletarisierten Schichten ist

eine eindeutige, konsequente Politik im proletarisch-revolutionären Sinne.

Da weder von der SPD noch von der KPD eine solche politische Linie befolgt wird, ist es die Aufgabe der Sozialistischen Arbeiter-Partei, auch in dieser Frage unermüdlich die Interessen des gesamten Proletariats zu vertreten.

SAJ-Genosse von SA ermordet

Der Täter, Sohn eines Regierungsrates?

Breslau, 6. Januar.

Am Donnerstag abend kam es im Norden Breslaus, in der Nähe des sogenannten Waschteiches, zu einer Schlägerei zwischen SAJ-Genossen und SA-Leuten. Im Verlauf der Tätlichkeiten wurde der 18jährige Arbeiter Fritz Hanisch, der in der SAJ organisiert ist, durch Messerstiche so schwer verletzt, daß er bald darauf verstarb. Wie üblich, versuchten die SA-Leute nach vollbrachter Heldentat das Weite zu suchen, sie wurden jedoch verfolgt und bald darauf von der Polizei gestellt. Drei der Tat verdächtige Personen sind dem Polizeipräsidium zugeführt worden.

Der Polizeibericht nimmt mit folgendem Satz eindeutig für die nationalsozialistischen Mörder Stellung: „Am 5. Januar 1933 nach 20.30 Uhr wurde ein SA-Mann, der sich in der Nähe der Eisbahn am Waschteich aufhielt, von Angehörigen der Sozialistischen Arbeiterjugend und des Jungbanners durch Redensarten belästigt."

Ganz anderer Meinung sind die Proleten des Breslauer Nordens, die am Tatort eifrig über den Vorfall diskutieren. Dort gibt es nur eine Ansicht, die einer mit den Worten zusammenfaßte: „so'n kleiner Junge war der Hanisch, von dem konnte sich keiner belästigt fühlen". Alle sind davon überzeugt, daß es sich um eine der üblichen faschistischen Provokationen handelt. Im allgemeinen glauben die Anwohner zu wissen, daß der Täter

der Sohn eines in der Nähe wohnhaften Regierungsrates ist.

Allerdings weiß der Polizeibericht in seiner üblichen Schweigsamkeit nichts davon zu melden.

Die Partei der feigen Meuchelmörder hat wiederum ein Opfer gefordert.

SA-Fememord im Sächsischen Landtag

Der sächsische Landtag, der ursprünglich erst am 19. Januar zusammentreten sollte, ist heute bereits auf den 12. Januar einberufen worden. Auf der Tagesordnung steht als erster Punkt der Antrag des sächsischen Generalstaatsanwalts auf Aufhebung der Immunität des nationalsozialistischen Abgeordneten Dr. Bennecke, dem

Begünstigung der Mörder des SA-Mannes Hentsch

zum Vorwurf gemacht wird. Außerdem wird ein sozialdemokratischer und ein kommunistischer Antrag behandelt werden, die beide das Verhalten der Dresdener Polizei in dem Fall Hentsch behandeln und ein Disziplinarverfahren gegen den Kriminalrat Vogel verlangen, der in Tharandt den des Mordes verdächtigen SA-Führer Schenk entlaufen ließ.

KPD-Demonstration verboten

München, 5. Januar.

Die Polizeidirektion hat die von der kommunistischen „Neuen Zeitung" für den kommenden Sonnabend angekündigte Massendemonstration der Münchener Arbeiterschaft auf Grund des Artikels 123 der Reichsverfassung verboten.

Der Margarine-Skandal

Der durch Notverordnung diktierte Butterbeimischungszwang hat sich zu einem immer größer werdenden Skandal ausgewachsen. Bezeichnend ist schon, daß die erste selbständige Maßnahme der Regierung des „sozialen Generals" Schleicher ein höchst unsozialer und volksfeindlicher Schlag gegen die Lebenshaltung der breiten und ärmsten Schichten der Bevölkerung ist und daß die Verordnung ohne Befragen und gegen den Willen der Mehrheit des Reichstages erlassen wurde. Herr von Schleicher, der angeblich „einen Teil des ADGB-Programm durchführt", hat hier bewiesen, daß ihm, genau wie Papen, die Befehle einiger Tausend Junker mehr gelten, als die Lebensinteressen der vielen Millionen der übrigen Bevölkerung.

Diese machtpolitische Seite der Butterbeimischungzwangs-Verordnung ist jedoch nicht das Schlimmste. Der größte Skandal liegt vielmehr darin, daß sich besonders nach dem überstürzten Erlaß der Verordnung herausstellte, wie dilettantenhaft und verantwortungslos diese von der Junkerkaste durchgesetzte Gesetzesmacherei ist. Es zeigt sich nämlich jetzt, daß nicht nur die Vertreter der breiten Volksmassen, auch nicht nur die direkt betroffenen Margarineproduzenten, sondern auch die Vertreter der mittel- und kleinbäuerlichen Butterproduzenten, denen angeblich durch die Verordnung geholfen werden sollte, aufs schärfste gegen den Butterbeimischungszwang protestieren. So hat der frühere bayerische Minister Dr. Fehr im Namen der gesamten deutschen Milchwirtschaft an den Hauptverantwortlichen der Verordnung, an den Reichs-„Ernährungs"-Minister Frh. von Braun, ein Telegramm gerichtet, worin gegen den Beimischungszwang Einspruch eingelegt wird. Ebenso haben die Oldenburger Landwirtschaftskammer und eine Reihe ähnlicher landwirtschaftlicher Behörden protestiert.

Die Vertreter der Butterproduzenten begründen ihren Einspruch damit, daß durch den Butterbeimischungszwang insofern eine Verschlechterung des Absatzes von reiner Butter eintreten wird, als nunmehr die Margarine in der Bevölkerung weit mehr als bisher als Butterersatz genommen würde. Die Folge müßte ein weiterer Preissturz der Butter sein.

Das jeder sachlichen Grundlage entbehrende Vorgehen der Regierung kommt auch darin zum Ausdruck, daß die deutsche Landwirtschaft gar nicht in der Lage ist, die Bestimmungen des schon seit zwei Jahren geltenden Beimischungszwanges von deutschen tierischen Fetten (Rindertalg usw.) zur Margarine einzuhalten. Sie ist nicht imstande, die dafür vorgesehenen Mengen zu liefern, so daß die Margarine-Fabrikanten gezwungen waren, auch dafür Ersatzstoffe aus dem Ausland zu beziehen.

Der schwerwiegendste Einwand gegen den Butterbeimischungszwang ist jedoch der, daß die Butter infolge ihrer Eigenschaft, bei längerer Lagerung ranzig zu werden, ein höchst ungeeignetes Mittel für Margarineherstellung ist. Es droht dabei die Gefahr, daß die ganze Margarine ranzig wird.

Die Regierung hat sich allen diesen Einwänden gegenüber taub gestellt. Neben Vertretern der Industrie, des Handels, der verschiedenen Parteien einschließlich des Zentrums haben auch die Gewerkschaftsvertreter ihren üblichen „Protest" bei der Regierung eingelegt. Doch es zeigte sich, daß der von den Gewerkschaftsführern tolerierte „soziale General" nicht daran denkt, ihnen entgegenzukommen, wenn die Interessen der Junkerkaste auf dem Spiele stehen.

Die Regierung hat zur angeblichen Widerlegung aller Einsprüche gegen den Beimischungszwang dieser Tage eine offizielle Erklärung in die Presse lanciert, worin eine Reihe sich völlig widersprechender Behauptungen aufgestellt werden. Es wird darin vor allem auf die in Holland, Norwegen und Schweden schon längst durchgeführte Butterbeimischung hingewiesen, als angeblichen Beweis, daß diese Beimischung technisch sehr gut möglich wäre. Verschwiegen wird aber, daß gerade in diesen Ländern die

trübsten Erfahrungen mit der Butterbeimischung gemacht worden und daß daher dort in immer stärkerem Maße von dieser Methode Abstand genommen wird. Es wird weiter behauptet, daß eine Verteuerung der von der breiten Masse benützten geringeren Margarinesorten nicht beabsichtigt sei und auch nicht eintreten werde, weil nur die besseren Sorten von dem Zwang einer höheren Butterbeimischung betroffen würden. Wer die Entwicklung derartiger Zwangsmaßnahmen kennt, wird dieser Behauptung wenig Glauben beimessen können. Im übrigen aber würde wenn sie zutrafe, gerade das eintreten, was die Butterproduzenten befürchten, d. h. die Margarine würde weit mehr als bisher die Butter vom Markt verdrängen.

Von welcher Seite man also auch die Dinge ansieht, immer richtet sich die Verordnung gegen die überwältigende

---

Achtung! Kolporteure!

Zum Jahresabschluß benötigen wir dringend die Abrechnung für Dezember. Wir bitten diese umgehend vorzunehmen und alle Restzahlungen für Dezember bis spätestens 10. dieses Monats auf das Postscheckkonto

Walter Geburt Breslau 75789

einzuzahlen. Kampfbereit!
SAZ-Geschäftsleitung

Mehrzahl der Bevölkerung. Die ganze Verordnung ist nur dann zu verstehen, wenn man sich vergegenwärtigt, daß damit gleichzeitig eine Monopolisierung der Futtermittel, eine Einfuhrsperre von billigen Futtermitteln aus Reis, Mais usw. verbunden ist. Die Mittel- und Kleinbauern sollen gezwungen werden, auf die billigen ausländischen Futtermittel zu verzichten und den Junkern ihre teuren Futtermittel aus Getreide, Kartoffeln und Kartoffelabfällen bei Schnapsfabrikation abzunehmen. Das, verbunden mit einer Auspowerung der breiten Massen zugunsten der Junker, ist der Hauptzweck der ganzen Margarineverordnung.

Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die Regierung entschlossen ist, an ihrer Margarinepolitik festzuhalten und dabei einen neuen politischen Konflikt mit dem Reichstag in Kauf zu nehmen. Es besteht kein Zweifel, daß der Reichstag, wenn er wieder einberufen wird, einen Antrag auf Aufhebung der Margarine-Verordnung annehmen wird. Das Schleicher-Kabinett droht aber schon jetzt, daß es in diesem Fall den Reichstag wieder auflösen wird.

So ist der Margarineskandal ein klassisches Beispiel dafür, daß bei den heute herrschenden Klassengegensätzen jede Hoffnung, durch parlamentarische Manöver bzw. mit dem Mittel einer Präsidialregierung aus den jetzigen Schwierigkeiten herauszukommen, völlig aussichtslos ist. Die Phrase von dem „sozialen General" ist eine Phantasie, ja ein glatter Volksbetrug. Unter der Herrschaft der Kapitals- und Junker-Diktatur kann es keine soziale Regierung geben. Für die Arbeiterklasse gibt es daher nach wie vor nur eins: Unerbittlichen, außerparlamentarischen Kampf gegen das ganze kapitalistische System und gegen jede Regierung dieses Systems

---

Rein kommunistisches Präsidium in Chemnitz

Chemnitz, 5. Januar.

WTB. Allgemein wurde erwartet, daß es in der heutigen ersten Sitzung des neugewählten Chemnitzer Stadtparlaments zu einer Stichwahl zwischen einem sozialdemokratischen und einem nationalsozialistischen Kandidaten für den Vorsitzendenposten kommen werde, da die kommunistische Gemeindefraktion Sachsens die Parole herausgegeben hatte, dort, wo eine sozialdemokratische Mehrheit vorhanden ist, für den sozialdemokratischen Kandidaten zu stimmen. Ueberraschenderweise erhielt jedoch der kommunistische Kandidat mehr Stimmen als der sozialdemokratische, anscheinend dadurch daß fünf Nationalsozialisten ihre Stimme für ihn abgegeben hatten. Es kam deshalb zu einer Stichwahl zwischen dem kommunistischen und dem nationalsozialistischen Kandidaten.

Sozialdemokraten und Kommunisten stimmten gemeinsam für den kommunistischen Kandidaten,

der so mit 31 Stimmen gegenüber 29 für den nationalsozialistischen siegte und zum ersten Vorsitzenden gewählt wurde. Derselbe Vorgang wiederholte sich bei der Wahl des zweiten Vorsitzenden. Nach der Wahl des zweiten Vorsitzenden erklärten die bürgerlichen Parteien, an der weiteren Wahl sich nicht mehr beteiligen zu wollen. Da sich die Sozialdemokraten jedoch der Abstimmung enthielten, wurden

die weiteren drei Stellen des Präsidiums ebenfalls mit Kommunisten besetzt.

Das neue Chemnitzer Stadtverordnetenkollegium hat demnach ein rein kommunistisches Präsidium

Zusammenstöße

Lemgo (Lippe), 5. Januar

WTB. Im Laufe des Donnerstag kam es wiederholt zu Zusammenstößen zwischen der hier einquartierten SA-Leuten und Kommunisten. Als Waffen dienten Beile Hämmer und Zaunlatter. Mehrere Personen wurden verletzt, zwei schwer.

Japan dringt weiter vor

Charbin, 5. Januar.

WTB. Eine Abteilung von 3000 chinesischen Soldaten hat sich den japanischen Streitkräften, die mit der Besetzung des östlichen Abschnittes der ostchinesischen Eisenbahn beschäftigt sind, ergeben. Die Japaner haben darauf die Stadt Pogranitschnaja an der sibirischen Grenze besetzt

Chinesische Protestnote

WTB. Nanking, 5. Januar.

Die chinesische Regierung hat dem japanischen Gesandten eine Note zugehen lassen, in der gegen das japanische Vorgehen in Shanhaikwan protestiert und die Zurückziehung der japanischen Truppen sowie die Bestrafung der an den Zwischenfällen der letzten Tage schuldigen japanischen Offiziere und Mannschaften gefordert wird. Die chinesische Note verlangt ferner Vorkehrungen gegen künftige Zwischenfälle dieser Art und behält der chinesischen Regierung das Recht vor, Schadenersatz zu verlangen.

Genf hat keine Eile

Genf, 5. Januar.

WTB. Es kann nunmehr als sicher betrachtet wrden, daß der Neunzehner-Ausschuß der außerordentlichen Völkerbundsversammlung wegen der japanischen Besetzung der Hafenstadt Shanhaikwan nicht vor dem festgesetzten Datum seines Zusammentritts, den 16. d. Mts., sich vereinigen wird, da die dazwischenliegende Zeitspanne als zu kurz betrachtet wird, um neue Dispositionen zu treffen.

Kein Eingreifen der Vereinigten Staaten

Washington, 5. Januar.

WTB. Ueber die amerikanische Haltung gegenüber den Ereignissen von Shanhaikwan verlautet von maßgebender Seite, die amerikanische Regierung beabsichtige weder Truppen noch Kriegsschiffe an den Schauplatz der Zusammenstöße zu entsenden. Sie beschränke sich auf eine Mißbilligung des japanischen Vorgehens und wurde Konferenzen mit den europäischen Mächten erst dann erwägen, wenn die fremden Niederlassungen in Tientsin und Peking bedroht werden sollten.

Brasilien sperrt den Amazonas

Rio de Janeiro, 5. Januar.

WTB. Die brasilianische Regierung hat beschlossen, den im Jahre 1851 zwischen Brasilien, Peru und Kolumbien abgeschlossenen Vertrag zu kündigen. Die Kündigung zieht automatisch die Verhängung der Blokkade auf dem Amazonas nach sich.

Neue Bergarbeiter-Streiks in Belgien

Brüssel, 5. Januar.

WTB. An verschiedenen Stellen des Borinage-Kohlengebiets sind Teil- und Proteststreiks ausgebrochen, weil die Grubenbesitzer nicht darangehen, die niedrigsten Lohnkategorien aufzuwerten, wie es bei Beendigung des großen Kohlenstreiks im Sommer versprochen worden war.

Neue Greueltaten der rumänischen Polizei

Temesvar, 5. Januar.

Der Mitarbeiter des hiesigen „6-Uhr-Blattes" Stephan Herzka hatte einen politischen Roman, „Rund um die Erdkugel", geschrieben. Aus Vorsicht legte er ihn zur Vorzensur der Staatsanwaltschaft vor, die aber keinen Anlaß zum Einschreiten fand.

Kurz darauf wurde der Journalist zur Siguranza (Polizei) vorgeladen.

Als Herzka eintrat, stieß ihn ein Detektiv unter Beschimpfungen in ein Zimmer, in dem sich der Chef der Siguranza, Ramneantu, und der Detektiv Velici befanden. Herzka erhielt von hinten einen Schlag auf den Kopf, Ramneantu und Velici packten ihn so fest, daß er sich nicht rühren konnte, während der dritte Detektiv seine Hände zusammenschnürte. Dann wurde er auch an den Füßen gebunden.

Nun zog man ihm zwischen Händen und Füßen eine Stange durch, die man so auf zwei Tische legte, daß der Gefesselte mit dem Kopfe nach unten in der Luft hing. Ein Detektiv zog ihm die Schuhe aus, worauf Ramneantu und Velici ihm die Fußsohlen mit Gummischläuchen bearbeiteten. Die Mißhandlung dauerte zehn Minuten.

Dann fragte Ramneantu lächelnd: „Nicht wahr, es ist genau so, wie du es in deinem Roman geschrieben hast?"

Herzka verlor vor Schmerzen das Bewußtsein. Als er wieder zu sich gekommen war, mußte er eine Erklärung unterschreiben, daß er der Verfasser des Romans sei. Dann wurde er entlassen.

Spanische Monarchisten aus der Strafkolonne entkommen

Paris, 5. Januar.

29 politische Häftlinge, die anläßlich der Verschwörung vom 10. August verbannt worden sind, sind Samstag nacht aus der Strafkolonie von Villa Cisneros (Spanisch-Westafrika) entwichen.

Unter den Entwichenen befindet sich der Vetter des Exkönigs Alfons von Spanien, Alfons von Bourbon, mehrere Söhne spanischer Adeliger und der bekannte spanische Flieger Francisco Ansaldo. Die Flüchtlinge sollen sich an Bord eines fremden Dampfers befinden. Der Direktor der Strafanstalt wurde seines Amtes enthoben.

WTB. Nach der Meldung einer Madrider Zeitung sollen die an Bord eines französischen Seglers geflüchteten monarchistischen Deportierten in Port Etienne (West-Afrika) eingetroffen sein. **Laut Journal beabsichtige die spanische Regierung, von der fanzösischen Regierung die Auslieferung der Flüchtlinge zu verlangen, falls sie französisches Gebiet betreten sollten.**

Ein französischer Fall Jäger

Wegen „Feigheit vor dem Feind" zu fünf Jahren Zwangsarbeit verurteilt

In Paris trug sich dieser Tage, wie wir einem Bericht der Zeitung „Berlin am Morgen" entnehmen, ein Fall zu, der in vielem an das Schicksal des kürzlich in Leipzig zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilten Musketiers Jäger erinnert und in der französischen Oeffentlichkeit die größte Empörung hervorgerufen hat.

Das Pariser Kriegsgericht verhandelte mehrere Tage lang gegen den ehemaligen Unteroffizier Gauché, einen heute 52jährigen Mann und Vater mehrerer Kinder. Gauché war Berufssoldat. Seit seinem 18. Lebensjahr diente er in der französischen Armee und machte in Marokko und Algerien zahlreiche Feldzüge mit, die mit den größten Strapazen und Gefahren verbunden waren. Damals erwarb sich Gauché den „Dank des Vaterlandes", der in einigen Auszeichnungen bestand. Der anstrengende Frontdienst in den Kolonien hatte aber Gauchés Kräfte derart erschöpft, daß er kurz vor Kriegsausbruch fast wider seinen Willen aus dem Militärdienst entlassen wurde. Bei Kriegsbeginn meldete er sich freiwillig wieder zum Dienst und diesmal wurde — selbstverständlich — nicht mehr so genau darauf geachtet, ob der Mann körperlich noch fähig war, wieder ins Feld zu gehen.

Am 12. Juni 1915 lag der Unteroffizier Gauché mit seiner Abteilung an der Somme in einem Schützengraben, der mit mörderischem Sperrfeuer der deutschen Armee belegt wurde. Gauchés Abteilung hatte bald nach keiner Seite hin mehr Verbindung. Er schickte Gefechtsordonnanzen durch die hinteren Laufgräben zum Bataillonskommando, um Instruktionen für das weitere Verhalten einzuholen. Kein einziger seiner Meldegänger kam zurück. Sie blieben alle im Sperrfeuer.

Angesichts des sicheren „Heldentodes" hißte Gauché sein weißes Taschentuch auf dem Gewehrlauf und schwenkte es zu den deutschen Gräben hinüber. Nach einer Viertelstunde war Gauché kriegsgefangen, wurde in das Hinterland befördert und hielt sich in verschiedenen deutschen Gefangenenlagern bis zum Waffenstillstand auf. Dann kehrte er in die Heimat zurück, fand wieder Arbeit und Brot und führte ein friedliches Leben.

Vor einiger Zeit wurde Gauché von einem Kriegsteilnehmer, dessen Namen nicht genannt wird, beim Militärgericht angezeigt. Das Kriegsgericht leitete daraufhin die Verhandlung ein und verurteilte den Mann, der viele Jahre in den Kolonien gedient und trotz der berüchtigten verschärften Dienstvorschriften niemals eine Strafe bekommen hatte. Es verurteilte ihn zu fünf Jahren Zwangsarbeit wegen „Feigheit vor dem Feinde". Siebzehn Jahre nach dem Julitag an der Somme!

Vertagung deutscher Zahlungen an Amerika

Berlin, 5. Januar.

CNB. Wie der Berichterstatter der „Herald Tribune" aus Washington meldet, soll Deutschland Schatzsekretär Mills mitgeteilt haben, es werde sich in der Notwendigkeit sehen, gewisse Schuldzahlungen, die am 31. März fällig sind, aufzuschieben. Die zu diesem Termin fälligen Schuldzahlungen betragen 33 Millionen Mark und beziehen sich auf den Ersatz bestimmter Schäden sowie auf die amerikanischen Besatzungskosten.

Von zuständiger Stelle wird die Nachricht bestätigt. Aufgrund des deutsch-amerikanischen Schuldenabkommens vom 13. März 1930 steht Deutschland das Recht zu, die jeweils halbjährlich fälligen Zahlungen aus mixed claims und Besatzungskosten an Amerika mit 90tägiger Vorankündigung aufzuschieben. Von diesem Recht ist erstmalig zum 30. September v. Js. Gebrauch gemacht worden. Angesichts der schwierigen Finanzlage sieht sich Deutschland gezwungen, auch die am 31. März fälligen Zahlungen aufzuschieben.

Coolidge gestorben

Washington, 5. Januar.

CNB. Heute verstarb Calvin Coolidge, früherer Präsident von USA. Im Sommer 1924 wurde er für die Neuwahl als Kandidat der Republikaner aufgestellt und am 4. November 1924 mit sehr großer Mehrheit zum Präsidenten gewählt. Am 4. März 1929 endete seine Präsidentschaft. Ihm folgte Herbert Hoover, den Coolidge selbst als seinen Nachfolger empfohlen hatte. Coolidge zog sich von der Politik zurück.

Der große Schweiger, so hieß der Präsident, weil er in seiner politischen Tätigkeit und auch im politischen Kampfe die Taktik des Schweigens zur höchsten Kunst ausgebildet hatte. Er erfreute sich, zumindest in den ersten beiden Dritteln seiner Amtszeit, ganz außerordentlicher Beliebtheit. In jene Zeit fiel die Hochblüte der amerikanischen Prosperität.

Wahlkampf in Irland

Dublin, 5. Januar.

Der Wahlkampf im irischen Freistaat verspricht äußerst scharf zu werden. Die beiden Hauptparteien wollen je hundert Kandidaten für die 153 Sitze des Abgeordnetenhauses aufstellen. Der Führer der Oppositionspartei, Cosgrave, gab gestern zu, daß die geplante Bildung einer geschlossenen nationalen Partei infolge der Kürze der verfügbaren Zeit nicht mehr möglich sei. Indessen wolle man versuchen, örtliche Wahlabkommen mit den kleineren Oppositionsparteien abzuschließen. Die Anhänger de Valeras zeigen große Zuversicht und erklären, sie rechneten damit, neun neue Sitze zu gewinnen.

Die Arbeiterpartei hat trotz ihrer Meinungsverschiedenheit mit der Regierung wegen der Kürzung der Bezüge der staatlichen Angestellten gestern Abend beschlossen, nach wie vor mit de Valera zusammenzugehen. De Valera wird heute in einer großen Versammlung in Dublin den Wahlfeldzug eröffnen.

Ägyptens neue Regierung

Kairo, 5. Januar.

Das neugebildete Kabinett setzt sich folgendermaßen zusammen: Ministerpräsident, Finanz- und Innenminister: Sidky Pascha, Aeußeres: Motei Pascha, Krieg und Marine: Galal Eddin Pascha, Justiz: Ali Pascha, Oeffentliche Arbeiten: Schafik Pascha, Verkehr: Fahmy Kerim Pascha, Kultus: Mustafa Pascha. Neu sind die Minister für auswärtige Angelegenheiten, Kultus und öffentliche Arbeiten. Der Verkehrsminister war vorher Minister für öffentliche Arbeiten.

Der Ministerpräsident erklärte, die neue Regierung werde dieselbe äußere Politik verfolgen, wie das vorhergehende Kabinett, das heiße eine auf die völlige Unabhängigkeit Aegyptens gerichtete Politik. Die innere Politik werde in der „Bekämpfung des Chaos" bestehen.

Kairo, 5. Januar

Die Kammer hat dem Ministerpräsidenten einstimmig ihr Vertrauen ausgesprochen. (Solch ein einstimmiges Vertrauensvotum kommt dadurch zustande, daß alle Oppositionellen irgendwie beseitigt werden! Die Red.)

Wird der DBB Herrn Klagges folgen?

Braunschweig, 5. Januar.

CNB. Bei einer Besichtigung der Braunschweiger Schutzpolizei durch den braunschweigischen Innenminister Klagges heute mittag gab dieser in einer Ansprache zu der Angelegenheit des seit Jahresfrist bestehenden Konfliktes wegen der Zugehörigkeit zum braunschweigischen Polizeibeamtenverband die Erklärung ab, daß er bereit sei, die Mitgliedschaft zum Landesverband der Polizeibeamten wieder zuzulassen, wenn der Deutsche Beamtenbund für sich und seine Unterverbände die Erklärung abgebe, daß er Kommunisten zu seinen Veranstaltungen nicht mehr zulassen werde. Der Minister erklärte, er sei davon überzeugt, daß die Leitung des Deutschen Beamtenbundes das erforderliche nationale und staatliche Verantwortungsbewußtsein besitze, um diese Forderung als unerläßlich anzuerkennen und zu erfüllen.

„Seefahrt ist Not!“

Von Albert Hotopp

Hinrichsen war wieder auf der See beim Fang. Mehrere Tage schon, aber mit einem Male war die Luft so eigentümlich. Das Wetter war beständig und doch schien es dem Fischer, als wenn der Wind umspringen wollte. Das Barometer fiel schnell und kletterte schnell wieder auf „Schön Wetter“. Solch Fallen und Steigen des Glases hatte er bisher noch nie beobachtet. Er wußte nicht, ob er die Kurre einziehen oder weiter fischen sollte. Die Preise am Markt waren gut, die Fänge infolge des stürmischen Wetters in der letzten Zeit schwach. Seine beste Reise hatte Hinrichsen aber dieses Mal schon übertrumpft, fast sechstausend Pfund Fische hatte er in der Bünn und auf Eis. Aber die Schuld drückte ihn. Ausscheiden wollte er noch nicht, denn die Schollen standen dicht.

Klaas schritt über das Deck, er sah nach der Kurre, ob es Zeit zum Aufhieven wäre. Die Nordsee färbte sich so sonderbar schwarz, aber der Himmel war unbewölkt, nirgends deutete ein Anzeichen darauf hin, daß schlecht Wetter kommen würde. Plötzlich setzte eine Bö ein, das Wasser blieb still, nur die Dünung rollte unaufhaltsam. Der Bestmann sprach mit dem Fischer, Klaas kam hinzu, sie fragten sich, was das wäre. Aehnliches hatten sie bisher auf der Nordsee nicht erlebt. Die Bö war vorübergebraust und die Windstille war wieder da. Keiner der Fischer hatte in den letzten Augenblicken auf den Himmel geachtet. Der war grau geworden. Jan machte jetzt darauf aufmerksam. Mit einem Male brauste es durch die Luft. Ein schneidendes Pfeifen war das. Hinrichsen sprang zum Motor und schaltete ihn auf die Winde um. Die raste vorwärts und zog die Trosse der Kurre auf, die Bretter scherten sich seitwärts und langsam kam das Netz. Jetzt achtete Hinrichsen auf Himmel, Wasser und Winde. Seine Augen übersahen alles. Sturm war das nicht, es heulte nur eigentümlich in der Luft. Da brach plötzlich das Wasser hoch, das Meer schien von unterirdischen Kräften gerüttelt zu werden, es bäumte sich auf. Die Motorwinde kreischte. Der Kutter wurde regellos geworfen.

Er ließ außer Kurs drehen, daß er mit dem Winde käme. Der Seegang wurde stärker und jetzt ritt der Wind heran. Der Bestmann zog ein paar Leinen über das Deck, der Junge half ihm dabei. Plötzlich setzte wieder Windstille ein, ein langgezogener Donner rollte über ihre Köpfe hinweg und Blitze zuckten am Himmel entlang. Das war ein Gewitter über der Nordsee! Ein Naturereignis, das sehr selten ist und das wenige durchlebt haben. Es regnete noch nicht. Der Regen ging westlich vom Kutter nieder. Mit einem Male war alles schwarz um den Kutter. Hinrichsen stand unerschütterlich an der Winde, er rief dem Bestmann und Klaas Verhaltungsmaßregeln zu.

Wieder Windstille! Ein furchtbarer Donner rollte über sie hinweg, der Kutter wurde hochgehoben und in die Tiefe geschleudert. Dabei schlugen die Scherbretter gegen den Setzbord, die Trosse wurde unklar und Klaas kam in Gefahr, von der Trosse geprellt und in die See geschleudert zu werden.

Hinrichsen stoppte den Motor ab und wollte dem Jungen zur Hilfe eilen. In diesem Augenblick holte der Kutter über, er sprang förmlich aufwärts wie ein Pferd in der Wende und drehte sich. Hinrichsens Hand hatte dabei einen Halt gesucht und war durch den Druck gegen den Hebel der Winde geschleudert worden und hatte ihn dadurch aufgerissen. Die Winde lief mit rasender Eile vorwärts. Der Gewittersturm tobte jetzt in voller Stärke und ungeheure Spritzer fegten über das Deck. Der Bestmann hielt das Ruder. Der Kutter flog auf, die Kurre riß ihn zurück. Klaas lag lang an Deck und versuchte mit aller Muskelkraft die Trossen klar zu halten. Hinrichsen holte das Kappbeil.

Er brüllte mit dem Wind, denn den Jungen wollte er nicht in der Gefahr lassen. Klaas hörte seine Zurufe nicht, eisern hielt er mit seinen Händen die Kurrtrosse klar. Unter seinen Fingernägeln tropfte das Blut hervor. Eine klare Vorstellung von dem, was er tat, hatte er nicht. Die Wellen schienen sich gegenseitig bekämpfen zu wollen, so quirlten sie durcheinander. Das war keine aufgeregte See mehr, sondern ein brodelnder Kessel, der alles verschlingen wollte. In diesem Augenblick stieg der Kutter wieder auf. Hinrichsen hatte sich zum Klaas hingezerrt. Halb gebückt stand er über ihm und löste die Hände des Jungen von der Trosse, die sie eisern umklammert hielten. Da geschah etwas Fürchterliches! Der Bestmann sah es vom Ruderhaus aus. Er wollte in die Knie sacken, wollte aufschreien, wollte an Deck hinaus ... Der Schreck hatte ihn erstarren lassen. Wie lange er gelähmt war, wußte er nicht, mechanisch hielten seine Hände das Ruder fest. Der Schrei, den er dann ausstieß, zerriß fast seine Kehle.

„Hinrichsen!!“ Das war kein Schrei mehr, sondern das war der Ruf eines Gemarterten, der tausend Jahre des Entsetzens in einer kurzen Sekunde erleben mußte....

Der Kutter hatte aufgeholt, die Kurrleine zerrte ihn zurück, der Motor raste, da warf eine See das Fahrzeug zurück, die Trosse schlug hoch, fiel in einer Schlinge zurück, umkreiste den Hals Hinrichsens – in diesem Augenblick warf eine ankommende See den Kutter wieder vorwärts und riß Hinrichsen den Kopf vom Rumpf! Der Körper schwemmte mit einer schlagenden See über Bord. Das alles geschah so schnell, brach so plötzlich herein, daß sich niemand dagegen wehren konnte.

Klaas kam zu sich, richtete sich auf und griff verstört nach seines Vaters Kopf, den die See an den Setzbord geklemmt hatte. Den fürchterlichen Augenblick, als über ihm das Unglück geschah, hatte er nur halb erlebt, denn im gleichen Moment überspülte ihn die übergekommene See. Mit einer Hand hielt er den Kopf an den Haaren von sich, mit der anderen zog er sich an der gespannten Leine zum Ruderhaus hin. Hier legte er den Kopf zu Jans Füßen nieder. Mechanisch tat er das, das ungeheuerliche Entsetzen über das Geschehene war noch nicht von ihm gewichen.

Der Bestmann starrte den Kopf an.

„Mok de Oogen dicht, Hinrichsen!“ brüllte er.

Der Motor raste, die Trosse riß, das Netz schleppte zum Grund, der Kutter ritt auf der Nordsee.

Die Augen des Kopfes waren weit aufgerissen, wirr umhing ihn das Haar, aus dem noch Salzwasser tropfte. Klaas versuchte die Augen seines Vaters zu schließen. Seine Finger hielten die Lider nieder, aber die wollten sich nicht schließen lassen; es schien, als wollte der Blick die beiden Menschen im Ruderhaus verfolgen, ihre Hantierungen kontrollieren und noch Ratschläge geben. Der Bestmann drängte sich an Klaas heran.

„Du bist der Fischer jetzt — nimm das Ruder“, sagte er dumpf....

Die Fischer nahmen die Mützen ab und gingen hinter den dreien her. Das war wie eine trunkene Prozession anzusehen. Auf dem Deich blieben die Frauen stehen, sahen den Zug und heulten los. Sie hatten begriffen, daß wieder ein Unglück über das Dorf hereingebrochen war. Das Unglück eines Fischers wurde wie ein Unglück gewertet, das das ganze Dorf betraf. Sie schlossen sich dem Zug an. So kamen sie alle zu Hinrichsens Haus. Lee sah durch das Fenster der Stube den Zug kommen und trat vor die Tür.

Der Bestmann schob Klaas vor, der begrüßte seine Mutter, die ihn fragte, wo der Vater wäre.

„Du mußt man sich wennen!“ meinte der Bestmann zu Lee gewandt und schob sich hinter Klaas durch die Tür in die Stube. „He kummt schon, ‚si hebbt em mit‘“, dabei suchte er unschlüssig in der Stube nach einem Fleck, wo er versinken könnte, denn es war ihm schlecht geworden beim Anblick der Frau. Ihm schien, als wenn der Kopf unter seinem Arm Leben bekam, darum nahm er ihn unter dem Arm hervor. Bei dieser Hantierung löste sich die Persenning und der wirre Kopf Hinrichsens kam zum Vorschein. Aus dem schwarzen Gesicht starrten die toten Augen in das Leben im Raum, es schien ihnen allen, als wenn er zu ihnen sprach. Dem Bestmann wollte der Kopf aus den Händen gleiten, als ihn die Menschen anstarrten, denn er glaubte, die entsetzten Gesichter galten ihm, aber alle blickten nur auf das grausam wirkende Haupt. Da ging Klaas hinzu und ergriff den Kopf seines Vaters.

„Lee!“ — er sagte nicht Mutter in dieser Minute, sondern rief sie wieder so, wie sie der Vater nannte, und wie er das in den letzten Stunden oft getan hatte —

„Lee!“ Ich bringe dir Hinrichsen, er wollte mich retten und blieb dabei.“ Er sah seine Mutter an.

Lee sprach nicht, nur ihre Hände, an denen sich die Finger auseinanderspreizten, streckte sie vor. In ihrer Gebärde lag weder Abwehr des Grausens, das sie erfaßt hatte, noch konnte sie als Begrüßung gedeutet werden. Nur ihre Augen wurden seltsam groß und endlich formte ihr Mund langsam einige Worte:

„Wir wollen ihn auf seinen Platz betten!“

Aus aller Welt

Kohlenstaub-Explosion

Rattingen, 5. Januar.

In der chemischen Fabrik von Eugen Schwarz ereignete sich Donnerstag vormittag eine Kohlenstaubexplosion. Durch die Stichflammen wurde ein Arbeiter so schwer verletzt, daß er bald darauf starb. Ein weiterer Arbeiter mußte mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus gebracht werden. Ein dritter wurde leicht verletzt. Der Brand konnte schnell gelöscht werden.

Eine Kohlenstaubexplosion?

Flugzeugabsturz

Thun, 5. Januar.

Ein Flugzeug der Thuner Konstruktionswerkstätte ist am Donnerstag bei einem Probeflug abgestürzt und verbrannt. Der Pilot kam ums Leben.

Brand auf einem französischen U-Boot

Paris, 5. Januar.

Nach einer Mitteilung des Kriegsmarineministeriums brach Donnerstag nachmittag an Bord des im Hafen von Toulon liegenden französischen Unterseebootes „Fresnel“ ein Brand aus. Er konnte von der Mannschaft mit den an Bord befindlichen Löschgeräten erstickt werden. Zwei Matrosen haben leichte Brandwunden erlitten.

Autobus vom Schnellzug erfaßt

Brünn, 5. Januar.

Ein mit 10 Personen besetzter Autobus wurde Donnerstag abend in der Nähe der Station Luzic von einem Schnellzug erfaßt und zertrümmert. Drei Personen waren auf der Stelle tot, fünf wurden schwer verletzt, zwei leicht.

Alfons von Spanien vor Gericht geladen

Madrid, 5. Januar.

Der Staatsanzeiger veröffentlicht folgende Bekanntmachung: Die parlamentarische Untersuchungskommission zur Feststellung der für die Diktatur verantwortlichen Persönlichkeiten fordert Alfonso von Bourbon-Habsburg und Fernando Maria von Bayern-Bourbon auf, innerhalb einer Frist von zehn Tagen von der Veröffentlichung dieser Aufforderung ab vor ihr zu erscheinen.

Erdstöße in Griechenland

Volo (Thessalien), 6. Januar.

Mehrere Erdstöße, deren erster und stärkster fünf Sekunden währte, wurden Donnerstag abend wahrgenommen. Durch die Erdstöße wurde viel Schaden angerichtet. Die geängstigte Bevölkerung bringt die Nacht unter freiem Himmel zu.

Pockenepidemie auf Ceylon

Colombo (Ceylon), 5. Januar.

Von einer Pockenepidemie wurden 50 Personen befallen, von denen 16 gestorben sind. Die Behörden haben Maßnahmen getroffen, um zwei Millionen Menschen zu impfen. 150 000 sind bereits geimpft worden. Unter den Erkrankten befinden sich keine Europäer.

Großfeuer im Emsland

Lübbertsfehn (Kreis Aurich), 5. Januar.

Das Anwesen des Anwohners Jelde Jelden, die Gastwirtschaft Haneburg, brannte in der Nacht zum 3. Januar aus bisher nicht ermittelter Ursache vollständig nieder. Die große Scheune mit der Ernte, die landwirtschaftlichen Maschinen und die Futtervorräte fielen dem Feuer zum Opfer. 18 Kühe, 40 Schweine und 6 Pferde sind mitverbrannt.

Alle Rechte, insbesondere die der Uebersetzung und des Nachdrucks, vorbehalten. Copyright 1932 by Verlag für Literatur und Politik, Wien VIII.

53)

... Wir besuchten unterwegs den Speiseraum, um den Arbeiterfrauen in der Küche, wo sich auch unsere Kinderküchen-Abteilung befindet, zuzuschauen. Paarweise treten wir in den Speiseraum und studieren dort die Neueinführungen. Luscha begrüßt uns herzlich, mit singender Stimme. Im Speiseraum ist bläuliches, durchsichtiges Licht. In der Luft ist etwas Metallenes. Luschas Augen sind weit geöffnet, und ich bemerke zum erstenmal, daß sie von einer ungewöhnlichen Bläue, heiß und singend sind. Sie glänzen mir entgegen, sie stöhnen in freudigem Selbstvergessen, lachen und spielen. Diese Augen sind ganz andere, als ich sie sonst kannte: sie schreien und strömen über. Es ist nicht das erstemal, daß ich ein neues Aufleuchten in ihnen bemerke, heute aber regt es mich auf. Ihre Blicke begegnen für eine Sekunde den meinen und Röte übergießt ihr Gesicht. Um ihre Verlegenheit und ihre Freude zu verbergen, stürzt sie sich freudig zu den Kindern und klatscht erstaunt in die Hände:

„Ach ihr meine liebsten Knirpse, meine Liebsten! ... Seid ihr alle hergekommen. Wie hübsch ihr alle seid!“

Ganz unerwartet protestiert einer der Kleinen mit strengem Vorwurf in der Stimme:

„Wir sind keine Knirpse.“

„Ihr seid keine Knirpse? Ihr seid doch aber auch keine Frösche?“

Jetzt ertönen von allen Seiten empörte Stimmchen:

„Wir sind absolut keine Knirpse . . . wir sind auch keine Frösche . . . wir sind Kommunare.“

Und eine dünne Mädchenstimme erklärt sicher und energisch:

„Wir sind Kinder der Kommune.“

„Ach ihr meine Liebsten! Darf ich euch Kommunarlein nennen?“

Die Kinder blicken einander an, sehen uns an und beginnen erregt miteinander zu flüstern. Dann antwortet der erste Junge bestimmt und sicher, als teile er ihren Beschluß mit:

„Man darf uns nicht Kommunarlein nennen. Wir sind Kommunare. Kinder der Kommune...“

Natascha lächelte befriedigt und stolz.

Ich unterstützte die Erklärung der Kinder: „Merk dir das, Luscha.“

Ich sah wieder in Luschas Augen, in ihrem blendenden, freudigen Schimmer zitterten Tränen. Es zog sie zu mir, gleichzeitig mied sie mich aber. Ich kam aus dem Staunen nicht heraus: Was geht in ihr vor? Regt sie wirklich der erste Schnee so auf?

Als wir den Speiseraum verließen, konnte Luscha sich nicht mehr zurückhalten und klopfte mir auf die Schulter.

„Mein Liebes . . .“

Sie zitterte vor Erregung.

„Was hast du Luscha, was ist mit dir? Du bist heute so seltsam.“

„Nein, nein . . wenn ich's nur wüßte, wenn ich's nur begreifen könnte . . .“

Verwirrt lief sie von mir fort, in die Küche.

Wir gingen an unseren Kornkammern vorbei, die langgestreckt waren wie unsere Wohnhäuser. Der breite Hof zwischen diesen Gebäuden wurde von den Kommunaren vom Schnee gesäubert. Männer und Frauen arbeiteten emsig und frisch mit Spaten, Harken und Besen. Ein Mädchen bemerkte uns, sie lächelte, ihre Zähne blitzten. Sie rief den Arbeitern und Arbeiterinnen etwas zu und zeigte mit dem Besen auf uns. Dann kam sie uns einige Schritte entgegen und schulterte den Besen wie ein Gewehr. Alle ließen die Arbeit stehen und wendeten sich uns zu. Einige der Männer und jungen Burschen zogen die Mützen vom Kopf und winkten uns freundschaftlich zu, die Kinder hatten sich während unserer Exkursionen daran gewöhnt, mit triumphierender Stimme zu rufen:

„Heil der Arbeit!“

Das Mädchen (sie war eine Jungkommunistin aus dem Jugendheim) winkte mit der Hand und rief laut, und in der Schneeluft klang ihre Stimme wie eine Flöte:

„Heil dem Winter! Heil den Kindern!“

Wir traten zu ihnen, und die Väter und Mütter begrüßten uns. Die Mütter kamen für einen Augenblick zu ihren Kindern gelaufen, hockten sich vor ihnen nieder und küßten sie auf die Wangen. Die Väter lächelten ein wenig und knarrten:

„Was das für Kerle sind! . . Helden! . .“

Auch die Schischkowa kam zu ihrem Kind, einem mageren kleinen Mädchen mit traurigen Augen, und sah es mit fragendem, schweigsamem Lächeln an. Auch mich blickte sie schuldbewußt und freundlich an. Die frühere Schischkowa war geschwunden, die frühere, erbitterte Schischkowa war gestorben und wird nie mehr wieder auferstehen.

Wir gingen nicht in die Kornkammern. Dort arbeiteten die Stoßbrigaden und reinigten das Korn. Staub war dort und Wirrwarr, Heulen der Maschinen und Gedröhne der Sortierapparate. Diese Kammern liegen auf dem Wege zum Gebäude des Kraftwerkes, zu dem wir eine Exkursion machen wollten. Vor einigen Tagen war der erste Teil der elektrischen Maschinen angekommen. Einige Wagen hatten unter Grischanjas Kommando durch den Schmutz der Landstraßen einige Teile des Dieselmotors von der Bahnstation (sie war zehn Kilometer von uns entfernt) hergebracht. Auf einer festen Fuhre standen graue, viereckige Kisten, und auf zwei anderen lagen in Packungen aus Holzlatten Teile des Schwungrades. Vor dem Ziegelgebäude des Kraftwerkes wurde im Stoßbrigadentempo abgeladen. Eine Gruppe von Kommunaren arbeitete in einmütiger Begeisterung. Sie blickten mit übertriebener Vorsicht und Hochachtung auf diese Kisten, liebevoll, fast zärtlich, ließen sie sie auf dicken, glatten Balken hinuntergleiten und brachten sie durch die offene Tür in das Gebäude. Mit dem Schwungrad hatte man länger zu tun, bis in die Nacht hinein. Die Arbeit wurde mit einem Lied abgeschlossen. Auf die Bezahlung der Ueberstunden verzichteten alle, und mitten in der Nacht wurde vor den Toren des Kraftwerkes in einem improvisierten Meeting beschlossen, täglich eine Stunde mehr zu arbeiten und die Löhne um zwanzig Prozent zu verringern. Den ganzen Tag herschte eine festliche Stimmung in der Kommune. Im Speiseraum, im Klub, im Lesezimmer, überall wurde nur von der Ankunft der Maschinen gesprochen.

Ueber die frischen Spuren auf dem Schnee gingen wir zum Kraftwerk.

Hinter ihm dunkelte das Ziegelgebäude der mechanischen Werkstatt, auf der anderen Seite, ein wenig tiefer, waren die Maschinenlager und die Stallungen. Noch weiter unten, am Abhang, stand die staubige Getreidemühle und die Oelmühle mit dem hohen schwarzen Rauchfang, aus dem Wirbel schmutzigen Rauches herausstießen und ruhig zum schneeigen Himmel stiegen. Hinter meinem Rücken schrie ein aufgeregtes Stimmchen voll erstaunter Neugierde:

„Schau mal ‚Galja! Warum schwimmt dort blauer Schnee?... Schau mal, Galja! Blauer Schnee! Blauer!...“

Die freudig erregten Kinder riefen:

„Blauer Schnee! Blauer Schnee schwimmt!“

„Was ist blau? Wo?“ Ich sah mich um, sah auf die Schneefelder, auf die Schneeberge und geriet ebenfalls in Erregung. Das war etwas ganz Ungewöhnliches: der Schnee wirbelte tatsächlich und wogte von allen Seiten zu uns, von überall, von nah und fern, in blauen Wellen. Und die Kinder schrien freudig erregt:

„Der Himmel schneit jetzt herunter! Nicht wahr, Galja?“

„Blau! Blau!...“

Ich war wieder einmal über die aufmerksame dichterische Beobachtungsgabe der Kinder überrascht. Ich hatte diese schwimmende Bläue nicht bemerkt. Oftmals hatte ich schon genießerisch den ersten Schneefall erlebt, aber noch niemals hatte ich diesen unermeßlichen, durchsichtigen blauen Wirbel des Schnees über der Erde gesehen. Allem Anschein nach werde ich auch in Zukunft immer wieder über die seltsamen Entdeckungen der Kinder staunen und meine Geistesblitze werden an jenen Funken entflammen, die ständig durch ihre kleinen Köpfe zucken. (Fortsetzung folgt.)

Bankrotteure / Von J. Walcher

„Unsere Ideen haben sich in der Oeffentlichkeit mehr und mehr durchgesetzt. Heute versucht die Regierung Schleicher einen Teil unserer Forderungen zu erfüllen."

(Aus dem in der Gewerkschaftspresse veröffentlichten Neujahrsgruß von Theodor Leipart.)

„Unter den Verhältnissen, in die uns das kapitalistische Wirtschaftssystem hineinmanövriert hat, steht es jetzt vor dem Zusammenbruch. Will es sich retten, so gibt es dazu nur das einzige Mittel: Unausgesetzte, verschärfte Ausbeutung der arbeitenden Klasse." Daß diese Feststellung, die wir der „Metallarbeiterzeitung" entnehmen, von reformistischer Seite stammt, tut natürlich ihrer Richtigkeit nicht den mindesten Abbruch. Dieser Umstand erscheint im Gegenteil geeignet, der sehr richtigen Feststellung noch besonderes Gewicht zu verleihen.

Aber wie reimt sich der von der „MZ" zutreffende festgestellte Tatbestand mit der zitierten Aeußerung Leiparts zusammen? Herr Schleicher hat denn doch wohl die Aufgabe, das kapitalistische System zu retten, wozu es, wie uns die „MZ" bestätigt, „nur das eine einzige Mittel gibt: unausgesetzte, verschärfte Ausbeutung der arbeitenden Klasse". Nun aber kommt Theodor Leipart und behauptet, die Regierung Schleicher sei bestrebt, einen Teil der Forderungen der Gewerkschaften zu erfüllen.

Wieso kommt der Vorsitzende des ADGB zu einer so abgeschmackten, um nicht zu sagen lächerlichen, Behauptung? Selbst wenn Schleicher wollte, er könnte keine Arbeiterforderungen erfüllen. Beim geringsten derartigen Versuch würden ihm seine wahren Auftraggeber den Stuhl vor die Füße setzen. Wir haben es mit viel gewichtigeren Faktoren als den guten oder bösen Absichten eines regierenden Generals zu tun. Der Sachverhalt ist so, daß sich das kapitalistische System nur noch um den Preis einer ständigen verschärften Ausbeutung der breiten Massen, um den Preis einer zunehmenden Massenverelendung aufrechterhalten läßt.

Aber wie kommt dann Leipart zu seinen Behauptungen? Man wird die Rolle, die Leipart und die andern führenden Reformisten heute spielen, ihre Haltung zur Regierung Schleicher, insbesondere die Aeußerung von Leipart nur begreifen, wenn man versteht, in welcher Lage sich heute der Reformismus überhaupt befindet. In einer Situation, wo im Kapitalismus nur noch nach rückwärts reformiert wird, sieht sich der Reformismus vor die Alternative gestellt:

entweder sich mit einer fortschreitenden Verschlechterung der Lebenslage abzufinden oder aber den Kampf gegen das kapitalistische System aufzunehmen.

Gegen das kapitalistische System kämpfen, das bedeutet aber in seiner Konsequenz das Verlassen des reformistischen Bodens und das Uebertreten auf das revolutionäre Kampffeld. Etwas Schlimmeres als dies kann sich aber ein wirklicher Reformist gar nicht vorstellen. Deshalb verzichtet er darauf, den Kampf gegen das kapitalistische System in der einzig wirksamen Weise zu führen.

Aber das ist noch nicht die einzige Konsequenz, zu der die Furcht der Reformisten vor dem revolutionären Ausweg führt. Die Dinge liegen nämlich heute so, daß derjenige, der die morgige proletarische Revolution fürchtet, auch heute im Kampf ums tägliche Brot an Händen und Füßen gelähmt ist. Die Papen-Streiks stehen zu dieser Behauptung keineswegs im Widerspruch. Sie beweisen nur, daß trotz der zermürbenden Niederlagenstrategie der Reformisten und trotz der verhängnisvollen Experimente der RGO in der Arbeiterschaft der Kampfwille lebendig geblieben ist. Man darf aber bei Beurteilung der Papen-Streiks nicht verkennen, daß dabei aus mancherlei Gründen die Chancen für die Arbeiter besonders günstig waren und daß es den Reformisten in einer Situation, wo sie in der provozierendsten Form brüskiert wurden, darauf ankam, der Regierung Papen und ihren Hintermännern zu zeigen, daß sie unter Umständen auch anders können. Aber das war nicht mehr und sollte nicht mehr sein, als eine Drohung. In dem Augenblick, wo die Sache ernst zu werden drohte, sind die Reformisten zu Kreuze gekrochen.

Die Macht der Arbeiterklasse ist auch heute noch groß und im letzten Grunde unbesiegbar.

Aber was nützt das, wenn die entscheidenden Positionen dieser Macht von reformistischen Bankrotteuren verwaltet werden, die es nicht wagen, die in ihre Hände gegebene Macht rücksichtslos im Klassenkampf einzusetzen? Die heutige geschundene Lage der Arbeiterklasse, ihre ziemlich klägliche Defensivstellung resultiert nicht aus dem tatsächlich gesellschaftlichen Kräfteverhältnis, sondern die Lage der Arbeiter ist heute so, wie sie ist, weil es noch immer nicht gelungen ist, den reformistischen Einfluß in der Arbeiterbewegung zu brechen.

Die objektiven Grundlagen des Reformismus haben sich sehr verschlechtert, und wenn nicht die KPD-RGO alles, was überhaupt zur Förderung und Stärkung des Reformismus denkbar ist, getan hätte, dann wäre der Reformismus in der Arbeiterbewegung längst unter. Doch so aber sind die bankrotten Reformisten, die mit der in ihre Hände gegebenen Macht nichts anzufangen wissen, zum Unglück der Arbeiterschaft noch immer obenauf.

Da die Reformisten sich aus den dargelegten Gründen nicht entschließen können, der Macht der Kapitalisten die Macht der Arbeiterklasse entgegen zu stellen, d. h. an die Arbeiterklasse zu appellieren und die Massen aufzurütteln und zu mobilisieren, bleibt ihnen nichts anderes übrig, als sich ganz und gar **auf die Methode des Verhandelns, der Denkschriften, Briefe und Bittgänge einzustellen. Und nur in diesem Zusammenhang ist die Aeußerung Leiparts über die Regierung Schleicher verständlich. Es ist geradezu grotesk, zu sehen, wie die Reformisten im Gefühl ihrer Ohnmacht, dem Ertrinkenden gleich, nach jedem Strohhalm greifen. Man braucht, um die Wortführer von 4 Millionen organisierter Arbeiter in ihrer ganzen Hilflosigkeit bloßzustellen, nur aufs Geradewohl verschiedene Auslassungen der ADGB-Führung aneinanderzureihen.**

Einige Tatsachen

Auf dem Gewerkschaftskongreß in Hamburg (1928) setzten sich die maßgebenden Gewerkschaftsführer für die Rationalisierung ein. Ohne daß sie inzwischen jemals zugegeben hätten, daß das falsch war, konnte in ihrem Namen auf dem Frankfurter Gewerkschaftskongreß (1931) Professor Lederer das genaue Gegenteil, die Drosselung des technischen Fortschritts, als ein Mittel zur Milderung der Krise empfehlen.

Eine konsequente Verfechtung der proletarischen Klasseninteressen unter Anwendung aller zweckdienlichen Mittel wurde auf dem Frankfurter Kongreß abgelehnt mit dem Hinweis, daß eine solche Taktik letzten Endes zum Bürgerkrieg führe. Das aber würde bedeuten, „einen schlimmen Zustand durch einen noch schlimmeren zu ersetzen" (Lederer).

Einen aufschlußreichen Einblick in die Geistesverfassung des Frankfurter Kongresses ermöglicht die Rede des früheren Vorsitzenden des Dachdeckerverbandes und jetzigen Vorstandsmitgliedes des Baugewerksbundes, Th. Thomas, der dort nach dem „Grundstein" u. a. ausführte:

„Ich habe überhaupt den Eindruck, wir schlittern in alle diese Zustände genau so hinein, wie einst in den Krieg, wie einst in die Inflation, wie in die Bankenkrachs: Eines Morgens stehen wir dann auf, und die Sorgen sind da. — Wir kommen leider immer zu spät.

Dabei stehen wir gewissermaßen vor einem Dunkel. Wenn mir jemand mit dem Messer an den Hals will, wehre ich mich, aber bei den heutigen Verhältnissen hat man eigentlich gar nichts, woran man sich halten kann: Wir kommen tiefer und tiefer ins Elend hinein, ohne daß wir irgendeinen greifbaren Gegner haben, mit dem wir uns auseinandersetzen können.

Da wäre es doch notwendig, daß die Behörden von oben bis unten einschließlich auch unserer eigenen Instanzen sich einmal zusammensetzten und ein Programm aufstellten, damit man weiß, was nun eigentlich los ist. Man kann nicht Politik machen von 12 Uhr bis mittags, sondern wir müssen eine Politik auf lange Zeit hinaus treiben."

Es ist gewiß zum Heulen, wenn ein Prominenter auf einem Kongreß des ADGB an die „staatlichen Behörden von oben bis unten" appelliert, aber es ist um nichts besser, und der Ausfluß desselben Gefühls der Ohnmacht, wenn der „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker" (Nr. 69 vom 27. August) sich zu den „Querverbindungen" bekannte, die darauf abzielten, Gewerkschaften, Sozialdemokraten und den linken Flügel der Nazis zu einer gemeinsamen „antikapitalistischen Front" zusammenzufassen und dazu ausdrücklich bemerkt:

„Wir haben gar keine Ursache, solche Entwicklungsmöglichkeiten auf dem Gebiet politischer Mitbestimmung oder Geltendmachung ohne weiteres als verfehlt oder unsinnig zu bezeichnen ... Es ist nicht einzusehen, warum nicht trotz der zwei parteipolitisch gespaltenen, aber unter gewerkschaftlichen Gesichtspunkten zu zweckmäßiger Auseinandersetzung dennoch befähigten antikapitalistischen Front im neuen Reichstag nicht doch noch eine positive parlamentarische Entscheidung im aufbauenden Sinne möglich sein sollte."

Der Teufel soll in der Not Fliegen fressen. Die bankrotten Reformisten sind, wie man sieht, nicht nur gewillt, dem General Schleicher zu bestätigen, daß er teilweise die Gewerkschaftsforderungen durchführt, sie sind am Ende auch dazu bereit, mit den Nazis zu paktieren.

Tarnow der „Arzt"

Gebraucht ein Reformist mal bei Gelegenheit starke Worte, so kann man sicher sein, daß es sich um leeren Theaterdonner handelt. Es sei hier nur an den prominentesten ADGB-Theoretiker Tarnow erinnert, der in der „Gewerkschaftszeitung" seinerzeit das Papen-Programm eine „unfaßbare Ungeheuerlichkeit" nannte und wörtlich schrieb:

„Wenn der Regierung die Aufgabe gestellt worden wäre, die Arbeitsbeschaffung ins Werk zu setzen, aber unter allen Umständen eine Belebung der Wirtschaft zu verhindern, dann müßte es ihr der Neid lassen, daß sie für dieses scheinbar nicht leichte Problem eine geradezu geniale Lösung gefunden hat."

Derselbe Tarnow hat sich sechs Wochen später über den gleichen Gegenstand auf einer sogenannten Protestkundgebung des ADGB (zu den „Protestkundgebungen des ADGB" werden heutzutage nicht die Massen der Gewerkschaftsmitglieder aufgerufen, dazu pflegt man die Spitzen der Behörden mit Einschluß des Reichskanzlers einzuladen) laut „Vorwärts" vom 18. Oktbr. wie folgt geäußert:

„Wenn wir in bezug auf den Erfolg (des Papen-Programms) auch nicht so hoffnungsfroh gestimmt sind wie die Reichsregierung, so sind wir doch bereit, dem wirtschaftlichen Teile des Regierungsplanes die Chance zuzubilligen, seine Brauchbarkeit unter Beweis zu stellen.... Wenn der Plan nicht den Erfolg bringen sollte, den seine Väter in Aussicht gestellt haben, dann wird nicht Schadenfreude unser Gefühl sein, sondern tiefe Trauer und Bitterkeit darüber, daß ein großer Aufwand nutzlos vertan worden wäre."

Solche Gefühlsregungen sind vom Standpunkt des Arztes, der am Krankenlager des Patienten erkennen muß, daß die verordnete Medizin unwirksam bleibt, durchaus verständlich. Aber im Munde des Wortführers von 4 Millionen organisierter Arbeiter sind solche Aeußerungen eine Schmach und ein Beweis des völligen Bankrotts des Reformismus.

Sollen wir noch weitere Belege zur Kennzeichnung des bankrotten Reformismus anführen, sollen wir an die durchaus positive Haltung des ADGB zum freiwilligen Arbeitsdienst erinnern, obwohl andererseits der Baugewerksbund feststellen muß, daß die im freiwilligen Arbeitsdienst ausgeführten Arbeiten zum mindesten drei Viertel baugewerblichen Charakters sind, die also durchweg als „nichtzusätzliche", sondern als solche Arbeiten anzusehen sind, die sonst im Tariflohn ausgeführt werden"?

Sollen wir die Tatsachen anführen, die die kaum noch verhüllte Unterstützung der Schleicher-Regierung durch die reformistische Gewerkschaftsbürokratie beweisen? Wir glauben, daß sich das erübrigt, weil das alles ja noch in frischer Erinnerung ist. Wir glauben, daß das Angeführte, das jeder Einzelne aus seinem unmittelbaren Beobachtungskreis leicht zu ergänzen vermag, genügt, um besonders bei den jetzigen Betriebs- und Gewerkschaftswahlen jedem einsichtigen Gewerkschaftsmitglied klar zu machen, daß die Vernichtung des reformistischen Einflusses im Betrieb und Gewerkschaft immer mehr zu einer Lebensfrage der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen wird.

Stillegung von „Sachsen"

auf Schleichwegen

D. h. Dortmund, 5. Januar.

Die Bewegung zur Verhinderung der Stillegung der Zeche „Sachsen" bei Hamm hat inzwischen einen sehr großen Umfang angenommen. Bekanntlich sollte diese Schachtanlage durch ihre Quotenübertragung auf „Rheinpreußen", obwohl sie zu den rentabelsten Grubenbetrieben zählt, zur Stillegung kommen. Die ursprüngliche Begründung der Stillegung von „Sachsen" und der teilweisen Uebernahme der Belegschaft auf „Rheinpreußen" wird dadurch hinfällig, daß die Gewerkschaft „Rheinpreußen" nunmehr auch noch die Stillegung ihres vierten Schachtes ankündigt; ein Musterbeispiel dafür, wie skrupellos das Unternehmertum seinen Machtwillen durchzusetzen versucht.

Da die Widerstandsbewegung gegen die Stillegung immer weitere Kreise erfaßt, und die Gemeinde- und Provinzialbehörde und auch der Preußische Landtag sich gegen die Stillegung ausgesprochen haben, so ist nach der Auffassung des Unternehmertums ein Antrag beim Demobilmachungskommissar evtl. erfolglos. Man plant daher, jetzt die Stillegung auf Schleichwegen doch noch durchzusetzen. Bekanntlich ist bei Arbeiterentlassungen, die nicht über 50 Personen hinausgehen, keine Genehmigung des Demobilmachungskommissars erforderlich. Die Gewerkschaft „Rheinpreußen" will nunmehr die Zeche „Sachsen" in eigene Rechnung übernehmen, um allmonatlich 49 Arbeiter zu entlassen. Damit würde im Endeffekt die Stillegung erreicht, und das Schicksal der Belegschaft wäre entschieden.

Welche unmittelbaren Nachteile sich für die Volkswirtschaft aus einer Stillegung ergeben würden, geht aus einer neuerdings verfaßten Denkschrift hervor, in der folgende Zahlen genannt werden:

Ausfall an Frachten . .	100 000 RM
an Knappschaftsbeiträgen .	900 000 „
an Steuern	500 000 „
Arbeitslosenaufwendungen . .	1 200 000 „
zusammen	2 700 000 RM

Es besteht kein Zweifel darüber, daß die neuerdings geplante Stillegung auf „Stottern" durchgeführt werden wird, da der Staat sich jetzt angeblich darauf berufen kann, keine „gesetzliche Handhabe" zu ihrer Verhinderung zu besitzen. Der Abwehrkampf der Belegschaft wird jetzt weit komplizierter, da die Zechenverwaltung es geschickt versuchen wird, die Belegschaftsmitglieder um den Preis eines längeren In-Arbeitbleibens gegeneinander auszuspielen, und die bisher einheitliche Abwehrfront dadurch zu zersetzen. Deshalb hat die Abwehrbewegung jetzt ihren entscheidenden Wendepunkt erreicht. Gelingt es, die ersten 49 Kumpels auf die Straße zu setzen, dann werden sehr bald die übrigen folgen. Daher gilt es, sofort **bei den ersten Kündigungen einen derartigen Massendruck zu entfachen, der den schändlichen Plan des Unternehmertums zunichte macht.**

Drei Stunden Weg zur Stempelstelle

und dann Empfang mit dem Polizeiknüppel

Siegen, 4. Januar.

D. d. Bekanntlich ist das Siegerländer Proletariat von der Krise am schwersten heimgesucht. Die Gemeinden sind schon lange nicht mehr in der Lage, die Unterstützungen voll zur Auszahlung zu bringen. 90 Prozent der arbeitenden Bevölkerung ist arbeitslos. Für dieses Arbeitslosenheer hat jetzt das Landesarbeitsamt Westfalen eine neue Schikane erdacht. Die Gemeinden Eiserfeld und Weidenau, in denen die Kassen völlig erschöpft sind, lehnten es — wahrscheinlich aus eben diesem Grunde — ab, für die Aufrechterhaltung der Stempelstellen in ihren Aemtern weiterhin Verwaltungskosten zu tragen. Das Landes-Arbeitsamt Westfalen hat daraufhin trotzdem es auch in seinem Verwaltungsbezirk über Riesenüberschüsse im Monat verfügt, die Stempelstellen in Eiserfeld und Weidenau aufgehoben. Es mutet den Siegerländer arbeitslosen Proleten zu, jetzt einen drei Stunden langen Weg nach Siegen zum Arbeitsamt zu machen, wodurch sie fast mehr Schuhsohlen verschleißen, als sie überhaupt an Unterstützung ausbezahlt bekommen.

Als sich vor einigen Tagen die Arbeitslosen aus den beiden Orten in zwanglosen Gruppen auf dem Marsch nach dem Siegener Arbeitsamt begaben, traten ihnen vor dem Stadtrand mehrere Polizeiüberfallkommandos entgegen, die, ohne nur ein Wort zu verlieren oder die Anmarschierenden über den Grund ihres gemeinsamen Marsches zu befragen, wahllos auf die Gruppen einschlugen und dabei eine Anzahl der Proleten, die nun ihrer Stempelpflicht nachkommen wollten schwer verletzten.

Begreiflicherweise hat sich über das skandalöse Verhalten der Polizei starke Erregung der gesamten Bevölkerung bemächtigt. Man verlangt von dem Landesarbeitsamt Westfalen Zurücknahme seiner schikanösen Auflösung der Stempelstellen in Eiserfeld und Weidenau.

Wie wir zu den Uebergriffen der Polizei noch erfahren, war ihr von irgendeinem Spießbürger gemeldet worden: „Kommunisten" seien auf dem Marsch nach Siegen. Diese Meldung über die „Kommunisten" wirkte scheinbar auf die Polizei wie das rote Tuch auf den Stier. Vielleicht sah sie darin einen willkommenen Anlaß, um über hilflose Proleten herzufallen.

Steigendes Elend

im Bitterfelder Industriebezirk und Arbeitsamtsbezirk

Delitzsch, 4. Januar.

Vor uns liegt der Bericht des Arbeitsamtes Bitterfeld über die Lage des Arbeitsmarktes in der Zeit vom 1.—15. Dezember 1932, aus dem ersichtlich ist, daß die Arbeitslosigkeit von 17 971 Arbeitsuchenden auf 19 254 gestiegen ist. Also innerhalb von 2 Wochen gestiegen um 1283 Arbeitsuchenden. Dies in einer Zeit, wo der ganze bürgerliche Blätterwald von Arbeitsbeschaffungsplänen vollsteht und dies auch trotz Steuergutschein und Prämien für Neueinstellungen. Auch die sonst zu merkende Belebung des Arbeitsmarktes in einzelnen Industriezweigen, die kurz vor Weihnachten einzusetzen pflegt, blieb fast vollkommen in diesem Jahre aus.

Wieviele Arbeitslose aber aus der Erwerbslosenunterstützung unterstützt werden, zeigt das ganze Elend und das Los der Opfer der kapitalistischen Wirtschaftskrise auf. Von den 19 254 Erwerbslosen, die bei den Arbeitsämtern gemeldet sind, erhalten Arbeitslosenunterstützung nur 1972 Personen, Krisenunterstützung 3506, der Wohlfahrtsunterstützung fallen aber zu 13 776 Personen, wovon ein Teil überhaupt keine Unterstützung erhält. Rechnet man aber nun noch die vielen Jugendlichen, die der Schule entlassen oder der Lehre entlassen gar keine Arbeit fanden, und zum größten Teil von den Arbeitsämtern nicht mit erfaßt wurden, dann ist die Arbeitslosenzahl im Bezirk des Arbeitsamts Bitterfeld mit rund 22 000 nicht zu hoch geschätzt.

Wie sieht es innerhalb der von der Nebenstelle Delitzsch des Arbeitsamtes Bitterfeld erfaßten Erwerbslosen aus?

Arbeitsuchende werden hier gezählt 3448 (3029), Arbeitslosenunterstützung erhalten 270 (302), Krisenunterstützung 474 (471), der Wohlfahrtsunterstützung, wenn sie welche erhalten, unterliegen also 2704 Arbeitslose. Der größte Anteil davon, rund 1200 Arbeitslose, entfällt davon auf die Stadt Delitzsch, die der Wohlfahrt unterliegen. F. Sch.

Neuer Hochseefischertarif

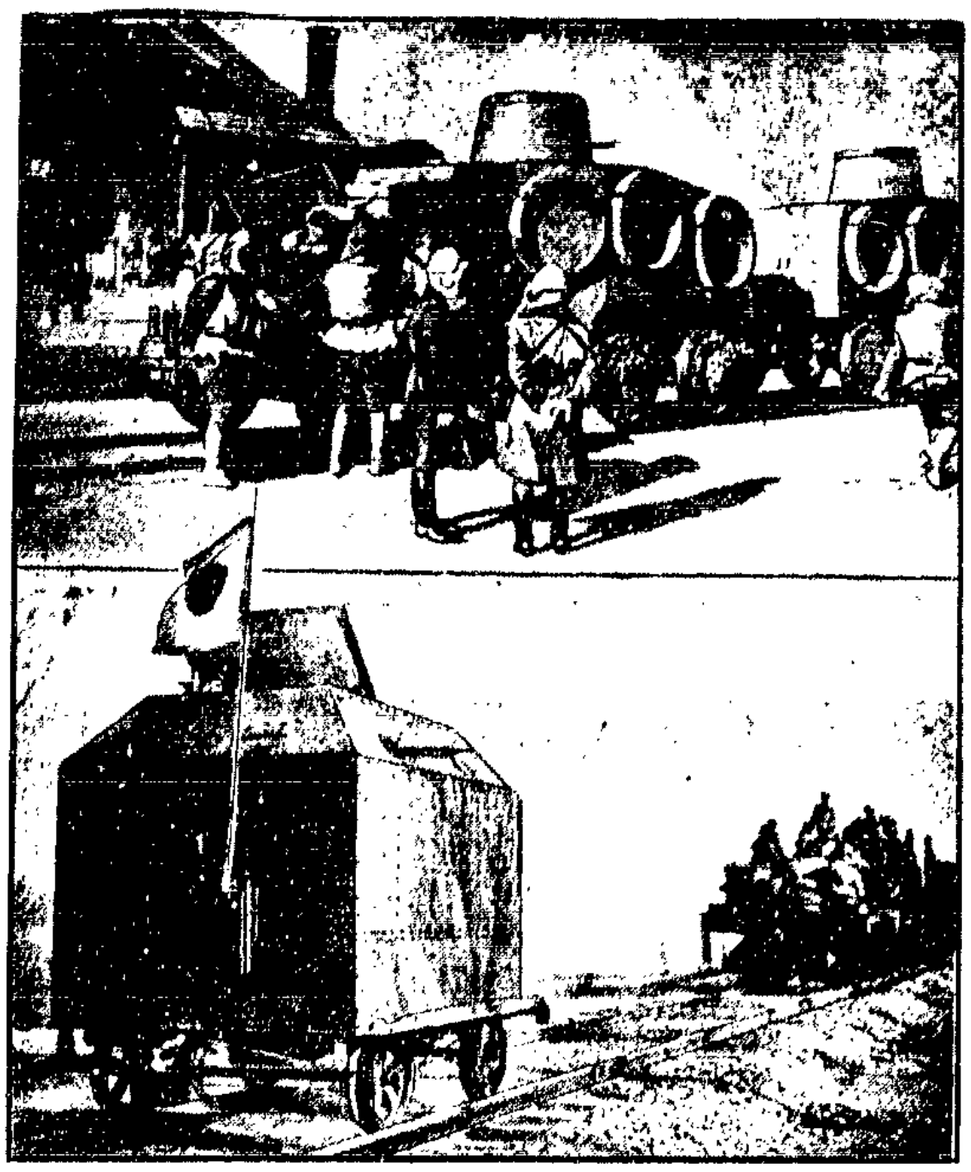
Bremen, 5. Januar.

CNB. Nach längeren Verhandlungen über die Neuregelung des Tarifvertrages in der deutschen Hochseefischerei wurde zwischen den Parteien eine Einigung erzielt. Die Tarifverträge sind unter Abänderung einiger Punkte bis zum 31. Dezember d. Js. verlängert worden. Der Schlichtungsausschuß braucht daher nicht in Aktion zu treten.

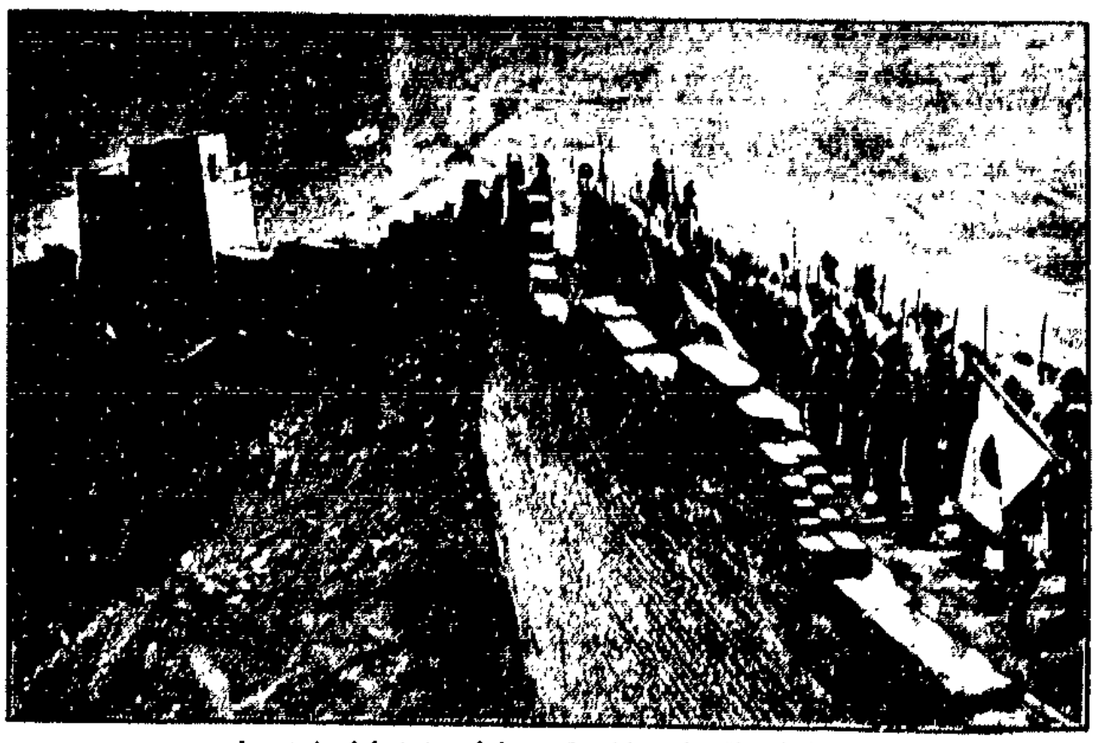
Kleine Nachrichten

WTB. Berlin, 6. Januar. Dr. ing. Geheimer Kommerzienrat Ernst von Borsig ist heute früh auf seinem Gut Groß-Behnitz, 63 Jahre alt, an Herzschlag verschieden.

Bilder der Woche



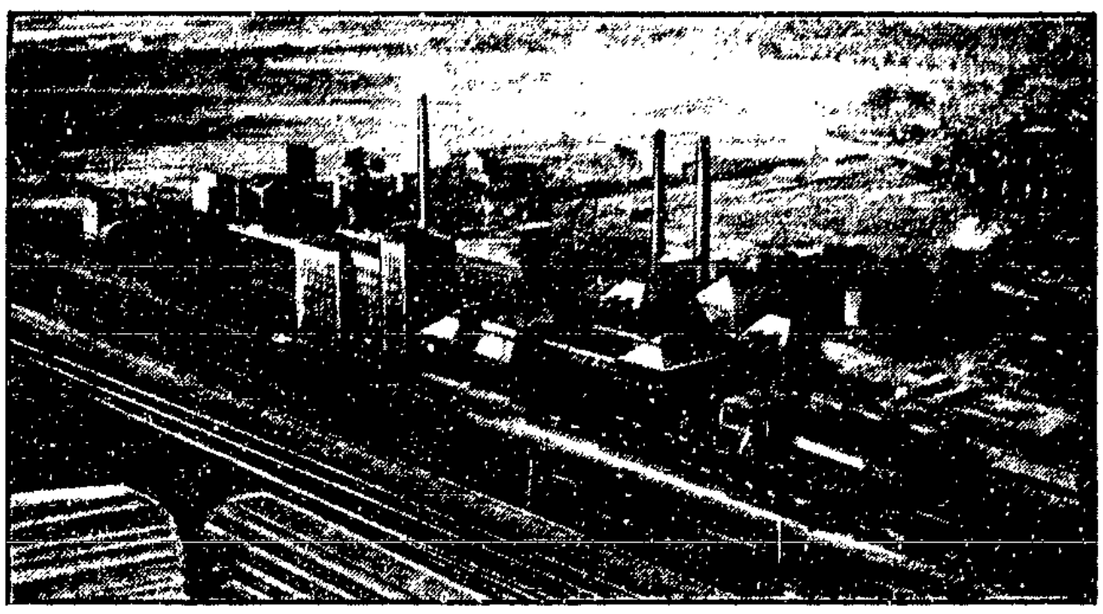
Der räuberische japanische Imperialismus hat einen neuen Vorstoß unternommen. Nach heftigen Kämpfen ist es den japanischen Truppen, die mit den modernsten Waffen und Motorkräften ausgerüstet sind (auf unserem Bilde sehen wir Panzerautos auf Schienen und den Wagen eines modernen Panzerzuges), gelungen, die chinesische Stadt Shanghaikwan, die nur noch ein Trümmerhaufen ist, zu nehmen . . .



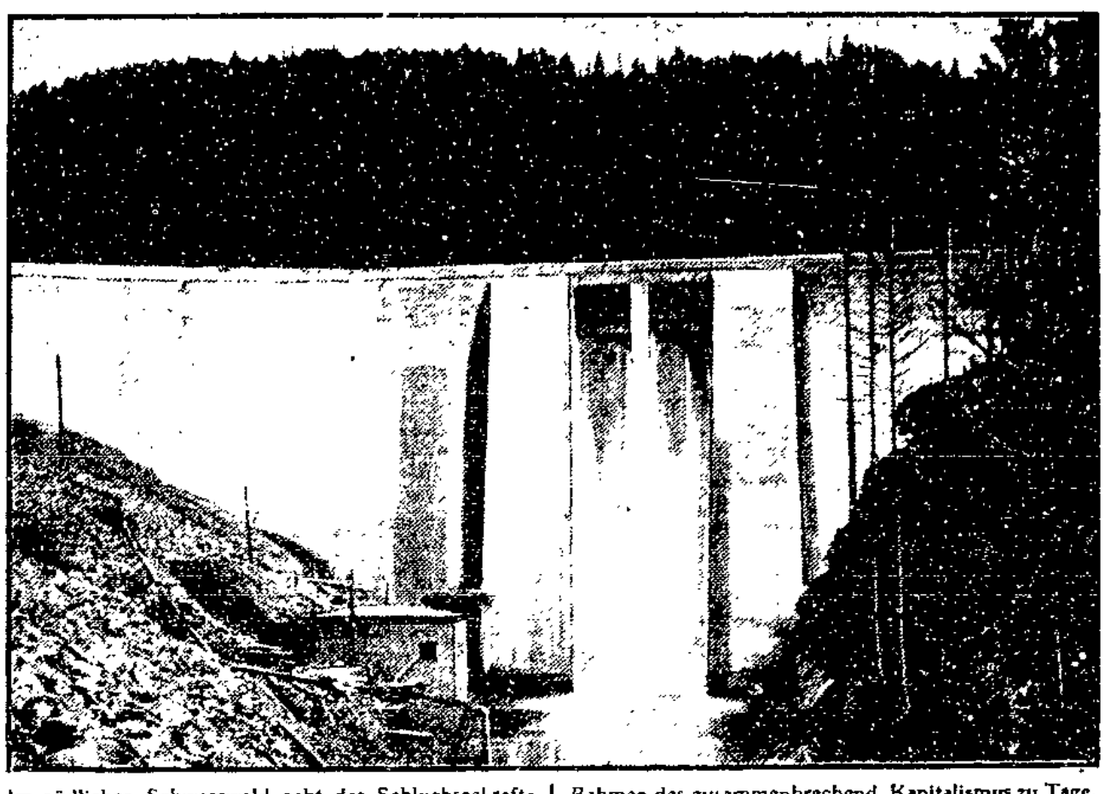
Japanische Infanterie auf der großen Mauer bei Shanghaikwan.

Das eigentliche Ziel der Japaner ist aber Peking (dessen Haupttor Hatamam Gate auf unserem oberen Bilde rechts zu sehen ist), d. h. in weiterem Gefolge die Schaffung eines nordchinesischen Reiches unter japanischer Vorherrschaft, das zum Aufmarschgebiet gegen Sowjetrußland werden soll. (Links oben: der chinesische Marschall Tschangkaitschek, der Oberkommandierende der chinesischen Truppen.)

Der japanische Imperialismus ist aber keine vereinzelte Erscheinung, ist kein national und geographisch bedingter Sonderfall. „Der Imperialismus ist die letzte Etappe des Kapitalismus" und so rüsten sie denn überall. (Rechts: Eine Gasmaske mit splittersicherem Augenglas.)



Die Zeche „Sachsen" in Heeßen bei Hamm in Westfalen soll stillgelegt werden. Es handelt sich um eine vom kapitalistischen Standpunkte aus gesehen sogenannte „Mustergrube", die bisher zu den „höchstrentabelsten" zählte. 3000 Bergarbeiter mit ihren Familienangehörigen (das Städtchen Heeßen zählt etwa 9000 Einwohner) sollen dem Hungertode preisgegeben werden. Unaufhaltsam bröckelt Stein für Stein aus dem Gebäude des Kapitalismus.



Im südlichen Schwarzwald geht das Schluchseekraftwerk (unser Bild zeigt die Schwarza-Talsperre, die bereits in Betrieb genommen wurde) seiner Vollendung entgegen. Seltsam treten manchmal die Widersprüche im Rahmen des zusammenbrechend. Kapitalismus zu Tage. Auch dieses Werk wird ein Opfer des kapitalistischen Zusammenbruches werden und erst im Rahmen einer sozialistischen Gesellschaft Kraft und Arbeit spenden.

In Illinois USA fand auf der Grube Mobeaque eine schwere Schlagwetterexplosion statt, die 54 Kumpels das Leben kostete, und die damit ein Opfer des amerikanischen kapitalistischen Antreibersystems für die Profite geworden sind. Es handelt sich hier um eine der größten amerikanischen Bergbaukatastrophen. (Auf unserem Bild werden die Opfer aus dem Schacht ans Tageslicht gebracht.)

Imperialistische Konflikte zwischen Peru und Columbien drohen in die Situation des offenen Krieges umzuschlagen. Streitobjekt ist die am Amazonenstrom gelegene Grenzfestung Leticia. Es geht also gewissermaßen um den Zugang zum Meere, dem Atlantischen Ozean. (Oben: eine Karte des nordwestlichen Südamerikas, rechts davon: der Präsident von Columbien, Herrera, rechts unten: der Präsident von Peru, Oberst Cerro.)

Wirtschaft der Woche

Industriellen-Wünsche für 1933

Zum Jahresbeginn bringt die bürgerliche Presse Auszüge aus Banken-, Handelskammer- und dgl. Berichten über die Wirtschaftslage im vergangenen Jahr und über die Perspektiven und Wünsche der verschiedenen Kapitalistengruppen für das neue Jahr. Die scharfmacherische, schwerkapitalistische und zugleich der nationalsozialistischen Bewegung sehr sympathisch gegenüberstehende „Berliner Börsen-Zeitung" hat außerdem „führende Persönlichkeiten des gesamten deutschen Wirtschaftslebens" um Darlegung ihrer persönlichen Auffassungen ersucht und veröffentlichte deren Antworten in ihrer Nummer vom 1. Januar.

Da melden sich Geheimrat Kastl, der Geschäftsführer des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Dr. Schlenker vom Westdeutschen „Langnamverein", Dr. Solmssen, der Präsident des Centralverbandes des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes, der Kali-Industrielle Röchling, Graf v. Kalckreuth, der Präsident des Reichs-Landbundes, Geheimrat Dr. Tirbutius von der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels u. a. m. Der Tenor ihrer Wünsche ist bei allen derselbe: Das Privateigentum, die individualistische Wirtschaftsführung muß erhalten bleiben und vom Staate gesichert und geschützt werden. An die Stelle „Künstlicher öffentlicher Arbeitsbeschaffung" (Fischer vom Hansa-Bund) muß die „Freie Initiative des Unternehmers" treten, und

vor allem müssen die Löhne noch weiter herunter.

Nur wenn die Produktionskosten, darunter an erster Stelle die Löhne, weiter gesenkt würden, werde das Jahr 1933 die optimistischen Aussichten der kapitalistischen Wirtschaft, von der alle reden und die seit ca. 2 Monaten in der gesamten kapitalistischen Presse verkündet werden, Wirklichkeit.

Allein der Vorsitzende des Verbandes des Einzelhandels bezieht die Stellung, daß die Löhne und Gehälter genügend gesenkt sind. Er macht sich aber weiter keine Sorgen über diese Frage, die auch für den Einzelhandel lebenswichtig ist. Denn „die Reichsregierung hat den deutschen Staatsbürger und Verbraucher darüber beruhigt, daß er im Jahre 1933 weder Steuererhöhungen noch Gehaltskürzungen zu befürchten braucht".

Der Vorsitzende des Reichs-Landbundes ist natürlich für neue Zölle und die staatliche Beschränkung der Einfuhr von Agrarprodukten, damit die Preise im Inlande hochgehalten werden können. Er spricht das zwar nicht so unumwunden aus, aber er wendet sich gegen „die seit Jahren anhaltende Schleudereinfuhr des Auslandes", und das ist klar genug.

Es ist ebenso klar, daß die Vertreter des Banken-, Industrie-, Handels- und Agrarkapitals ihr Programm für 1933, nämlich eine weitere Festigung ihrer Position und restlose Ausnützung des Staatsapparates für ihre Kapital- und Profitbedürfnisse bei weiterer Herabdrückung der Arbeiterlage durchführen werden, wenn nicht die Arbeitermassen endlich in diesem Jahre sich zur kämpfenden Einheitsfront gegen jeglichen Kapitalsangriff zusammenfinden.

SPD-Presse zum kapitalistischen „Umbau"

Im „Vorwärts" haben u. a. Erich Rinner, ein bekannter Mitarbeiter an der „ADGB-Gewerkschaftszeitung", Wissel und Naphtali zur Wirtschaftsperspektive des Jahres 1933 Stellung genommen. Naphtali hebt die verschiedenen Sanierungshilfen des Reichs für Banken- und Industrieunternehmen, besonders für den Stahltrust, hervor, bei denen das Reich zugleich Aktienteilhaber geworden ist. Naphtali nennt das „Umbau zum Sozialismus". Er gibt aber immerhin zu, daß auch alle die „Krisenlinderungsmaßnahmen", die im letzten Jahre getroffen wurden, sich als schwere Vorbelastungen für einen Wiederanstieg der Konjunktur in der Zukunft erweisen, wenn nicht von der Regierung antikapitalistische, sozialistische Konsequenzen (!!) gezogen würden.

Wissel zeigt demgegenüber sehr viel klarer die Widersprüche auf, die dem kapitalistischen System innewohnen. U. a. weist er ganz richtig darauf hin, daß eine wichtige Ursache der sich immer mehr verschärfenden Widersprüche die Tatsache ist, daß die Grenzen einer weiteren Kapitalexpansion nur noch sehr eng gezogen sind, da auch dort, wo an sich noch bestimmte Gebiete in Asien, Amerika, u. s. w. zu erschließen wären, andere Faktoren das verhindern oder bei erfolgender Erschließung ebenfalls stark krisenverschärfend wirken.

Wissel nimmt in dieser Frage eine klarere Stellung ein als z. B. der linke Gurland, der diese Zusammenhänge nach seiner Jahresbetrachtung in der „Chemnitzer Volksstimme" sehr mechanisch sieht, der im übrigen aber der SPD- und ADGB-Bürokratie auch hier wieder sehr deutlich sagt, daß ihr ganzes „Umbau"-Programm eine große Illusion ist, und daß die Verwirklichung des Sozialismus niemals kommen wird ohne den rücksichtslosen Kampf der Arbeiter täglich gegen jeden kapitalistischen Vorstoß auf die Arbeitszeit, auf die Löhne usw.

Wissel zieht aus seiner im „Vorwärts" gegebenen Darstellung der kapitalistischen Wirtschaftsperspektive keinerlei praktische Konsequenz; er identifiziert sich vielmehr phrasenmäßig und farblos mit dem ADGB-„Umbau"-Programm, obwohl seine Darstellung der Verhältnisse konsequenterweise ganz andere Schlußfolgerungen haben müßte.

Am tollsten bzw. auch am unverhülltesten ist die Wirtschaftsbetrachtung von Erich Rinner. Er hält eine volle Planwirtschaft innerhalb des kapitalistischen Systems für möglich.

Rinner und mit ihm die gesamte SPD- und ADGB-Führung ziehen aber nicht nur zu Felde gegen ein tatenloses Abwarten, was natürlich niemals im Interesse der Arbeiterbewegung liegt. Sie vermeinen, daß nur die politische Machteroberung (und zwar eine wirkliche Machteroberung, die durch die Diktatur des Proletariats verkörpert ist) den Weg frei macht für eine Wirtschaftsgestaltung, die im Interesse der Arbeiter liegt, und die zum Sozialismus führt. Hier liegt der entscheidende Unterschied zwischen Reformismus und revolutionärer Auffassung, und deshalb ist es so bitter notwendig, daß diese Fragen überall in den Betrieben und Gewerkschaften diskutiert werden.

Schultheiß-Patzenhofer zahlt Dividenden

806 000 Mark Direktoren- und Aufsichtsratsbezüge

Trotz der großen Verluste des Schultheiß-Patzenhofer-Konzerns durch die Geschäfte seines berühmt gewordenen ehemaligen Vorstandsmitgliedes Katzenellenbogen hat dieses Unternehmen für das im August 1932 abgelaufene Wirtschaftsjahr wieder eine Dividende von 4 Prozent auszahlen können. Aus der dieser Tage der Oeffentlichkeit bekannt gegebenen Bilanz geht u. a. hervor, daß 14 Vorstandsdirektoren jeder ein Gehalt von rund 56 000 RM. bezogen haben, und daß die Aufsichtsratsbezüge im Jahre 1931/32 806 000 Reichsmark ausmachten.

Die Arbeitermassen hungern bei vollen Scheunen; ihre Löhne werden abgebaut, und für sie hat der Staat nicht einmal mehr Bettelpfennige für Arbeitslosenunterstützung usw. übrig. Die Herren Unternehmer aber haben im Jahre ein 60-, 70-, ja 100-fach so großes Privateinkommen wie sie. — Wie lange sollen solche Zustände noch bestehen bleiben?

Ratifizierung der oesterreichischen Völkerbundsanleihe

Auf der Lausanner Konferenz im Sommer vorigen Jahres wurde eine neue internationale Hilfsaktion von 300 Millionen Schilling für das in schwerer Wirtschaftskrise befindliche Oesterreich beschlossen. Dieser Beschluß ist jetzt, nachdem — nicht ohne große Schwierigkeiten — die französische Kammer die Regierungsgarantie für den französischen Anteil (100 Millionen Schilling) akzeptiert hat, von allen in Frage kommenden Staaten ratifiziert worden. Oesterreich erhält jetzt den neuen Kredit ausgehändigt, der vor allem für die Umwandlung bestehender kurzfristiger Schulden in langfristige verwandt wird.

Mit der Bewilligung des französischen Anteils und der französischen Regierungsgarantie ist Oesterreich noch stärker als bisher an Frankreich gebunden und die Frage der einer engeren deutsch-österreichischen Verbindung (etwa einer Zollunion) auf absehbare Zeit gänzlich von der Tagesordnung abgesetzt.

Allein die Zinsenverpflichtungen Oesterreichs für frühere Anleihen belasten den Etat des Jahres 1933 so stark, und auch sonst bestehen derartige Schulden, daß die neue Anleihe für Oesterreich keineswegs einen Weg aus der Wirtschaftskrise bedeuten kann.

Der Stand der Handelsvertragsverhandlungen

Das Jahr 1933 wird mit zahlreichen Verhandlungen über den Abschluß neuer Handelsverträge eingeleitet. Das noch am Ende 1932 abgeschlossene Zusatzabkommen zu dem deutsch-französischen Handelsvertrag hat die Meistbegünstigungsklausel beider Länder für die meisten Austauschwaren bestehen lassen, jedoch zugleich den Weg zu neuen Zollerhöhungen auch während der Laufdauer des Vertrages frei gemacht. Ab 1. Februar — an diesem Tage tritt das Abkommen in Kraft — können alle bisher vereinbarten Zollsätze bei 14tägiger Kündigung durch autonome (höhere) Zölle ersetzt werden. Außerdem gilt die Meistbegünstigungsklausel nicht, wenn einer der Staaten Präferenzzölle mit einem der Donaustaaten abschließt und wenn von Frankreich oder Deutschland mit mehreren anderen Staaten sogenannte Kollektiv-Verträge abgeschlossen werden. Die Meistbegünstigungsklausel ist also fast nur noch eine Formel, hinter der der schärfste Zollkrieg zwischen Deutschland und Frankreich auch während der Vertragsdauer entbrennen kann. Frankreich verzichtet auf verschiedene Kontingente gegenüber der deutschen Einfuhr, was durch die Möglichkeit der Zollerhöhungen praktisch aber fast ganz paralysiert wird. Dafür können deutscherseits die Zollsätze für bestimmte Agrarprodukte gegenüber dem bisherigen Vertrag mit Frankreich erhöht werden, ein Gesichtspunkt, der die deutsche Regierung wohl vor allem bewogen hat, auf die französische Forderung „elastischerer" Zollgestaltung einzugehen. In der Hauptsache wird sich diese Lösung von festen Zöllen gegen den deutschen Export nach Frankreich auswirken.

Neben dem Zusatzabkommen wurde ein Devisenabkommen mit Wirkung ab 1 Januar abgeschlossen, demzufolge deutsche Importeure, soweit sie ihre aus Frankreich bezogenen Waren nicht in Devisen bezahlen können, in Reichsmark auf ein Sonderkonto bei der Reichsbank zahlen, die dann die weitere Verrechnung übernimmt.

Ein solches Devisenabkommen wurde ebenfalls mit Holland, Belgien und Luxemburg neu abgeschlossen. Mit Schweden, Dänemark, Italien und der Schweiz bestehen bereits Devisenabkommen.

Zum deutsch-polnischen Handelsvertrag wurde ein Zusatzabkommen vereinbart, nach dem die gegenseitige Einfuhrerschwerung für bestimmte Waren durch besonders hohe Zollschranken durch Kontingente ersetzt worden ist, die dem allgemein gültigen Zollsatz unterliegen. Deutscherseits bedeutet das eine gewisse Erleichterung der Garn- und Häuteausfuhr nach Polen; für Polen wird die im vorigen Jahre unter einen besonderen Obertarif gestellte Butterausfuhr nach Deutschland erleichtert.

Zwischen Kanada und Deutschland wurde ein dreimonatiges Handelsabkommen getätigt, das gegenseitige Zollerleichterungen gegenüber dem bisherigen Zustand vorsieht. Die Zölle bleiben deshalb aber noch immer hoch genug.

Durch ein französisch-österreichisches Abkommen wurde die Einfuhr österreichischen Holzes nach Frankreich erleichtert. Die französisch-amerikanischen Handelsvertragsverhandlungen wurden auf Grund der durch die Kriegsschuldenfrage zugespitzten Lage vorläufig ausgesetzt.

Zur Zeit wird lebhaft über eine zwischen Italien und Albanien beabsichtigte Zollunion debattiert, in der vor allem Jugoslawien einen feindlichen handelspolitischen und allgemein politischen Vorstoß Italiens auf dem Balkan erblickt.

Politik der Woche

Rüstungsausgleich und imperialistische Bündnispolitik

Der Reichskanzler und Reichswehrminister v. Schleicher hat beim Neujahrsempfang des Reichspräsidenten als Forderung der gegenwärtigen deutschen Regierung die Einführung der Miliz, das heißt die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht mit einer gegenüber der Vorkriegszeit verkürzten Dienstdauer in den Vordergrund gerückt. Wenige Tage zuvor hat der Vorgänger Schleichers im Reichswehrministerium, Minister a. D. General Groener, sich noch etwas deutlicher über die deutschen Forderungen zur Rüstungsfrage geäußert. In der „Vossischen Zeitung" veröffentlichte er einen Weihnachtsartikel mit der schönen Ueberschrift „Frieden auf Erden" und der Unterzeile „Eine wehrpolitische Betrachtung". Der Inhalt des Artikels entspricht nur der Unterzeile.

Groener wendet sich bei einer Betrachtung der Abrüstungskonferenz gegen jeden Gedanken einer totalen oder auch nur teilweisen Abrüstung und erklärt, das Zentralproblem sei die Frage eines Rüstungsausgleichs und „nicht durch Schwächung aller Kräfte, sondern nur durch ein gewisses Gleichgewicht bei freiwilliger Entschließung der Nationen wird der Friede gesichert". Groener verlangt also eindeutig einen Rüstungsausgleich durch deutsche Aufrüstung und zwar vor allem durch Einführung einer auf dem Prinzip der Wehrpflicht aufgebauten Miliz.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Linie, die die deutsche Regierung bei den künftigen Beratungen der Abrüstungskonferenz einschlagen wird, in dieser Richtung läuft. Es ist ebenso unzweifelhaft, daß ein Entgegenkommen der kapitalistischen Mächte an Deutschland in der Wehrfrage nur bei entsprechenden deutschen Gegenleistungen zu erwarten ist. Diese Gegenleistungen können einzig und allein auf dem Gebiet außenpolitischer Bindung liegen, das heißt in der Zusage der deutschen Regierung, im Falle eines imperialistischen Krieges gegen die Sowjetunion auf der Seite der kapitalistischen Großmächte aktiv mitzuwirken.

In diesem Zusammenhang verdienen auch die neuesten Vorgänge auf dem japanisch-chinesischen Kriegsschauplatz schärfste Beachtung. Es ist bezeichnend, daß die bürgerlichen Depeschenbüros und die bürgerliche Presse einhellig bemüht sind, den japanischen Angriff zu leugnen; man spricht lediglich von einem „Zwischenfall", während es sich ganz eindeutig um eine neue Etappe im Vormarsch des japanischen Imperialismus handelt. Diese japanische Offensive richtet sich nicht nur gegen China, sondern auch gegen die Sowjetunion, und gerade dieser entscheidende Sinn der japanischen Aktion findet heute die Zustimmung und morgen sicher die Unterstützung der Vereinigten Staaten von Nordamerika, Englands und Frankreichs.

Durch diese Vorgänge erhält also die Gefährdung der Sowjetunion durch einen imperialistischen Angriff besondere Aktualität. Um so wichtiger ist es, daß das deutsche Proletariat, dem eine so entscheidende Rolle in der Verteidigung der Sowjetunion zufällt, den Zusammenhang der sogenannten Abrüstungsverhandlungen mit der Gruppierung der kapitalistischen Mächte gegen die Sowjetunion erkennt und all diesen verhängnisvollen Plänen den schärfsten revolutionären Widerstand entgegensetzt.

Soldatenrat Gayl und SPD

Die sozialdemokratische Presse hat eine große Entdeckung gemacht. Sie hat ermittelt, daß der frühere Reichsinnenminister Freiherr v. Gayl 1918 bei Ausbruch der Revolution Hauptmann in Kowno war und dort Mitglied des Soldatenrates wurde. Die sozialdemokratische Presse benutzt diese „Enthüllung" zu entsprechendem Hohn über Herrn v. Gayl.

Uns will scheinen, daß andere Schlußfolgerungen weit wichtiger für die Arbeiterklasse wären! Nicht nur Herr Hauptmann Freiherr v. Gayl wurde damals Soldatenrat, sondern hunderte und tausende anderer Offiziere und Soldaten, die mit der Arbeiterbewegung bis dahin nicht die geringste Verbindung gehabt hatten und durch und durch reaktionärer Gesinnung waren. Vom Standpunkt der Reaktion aus war diese Handlungsweise überaus klug und berechnend, denn sie trug entscheidend dazu bei, Verwirrung, Unklarheit und falsche Taktik in die Reihen der Arbeiter und Soldaten zu tragen.

Wie konnten diese Leute damals in solche Funktionen hineingelassen werden? Das geschah einmal durch die unpolitische Vertrauensseligkeit eines großen Teiles der Soldaten, die die Soldatenräte nicht nach politischen Gesichtspunkten wählten, sondern als Anerkennung für einigermaßen kameradschaftliches Verhalten oder auch aus Taktik, um beim Rückzug vielleicht durch geschickte Führer und Unterhändler besondere Vorteile zu gewinnen. Aber nicht allein diese unpolitische Einstellung der Soldaten, die ja 4 Jahre hindurch keinerlei gründliche politische Informationen erhalten hatten, trug die Schuld, sondern vor allem die bewußte Taktik der Führung der Mehrheitssozialisten, die diese unpolitischen Soldatenräte zur Unterstützung ihrer konterrevolutionären Politik gebrauchten. Bei der Entscheidung für die frühe Wahl der Nationalversammlung, bei dem ganzen Prozeß zur raschen Abwürgung der Revolution haben diese Soldatenräte eine entscheidende Rolle als Hauptstütze der Mehrheitssozialdemokratie gespielt. Als Mitte Dezember 1918 der Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands tagte, da wurde Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg das Wort verweigert, aber unzählige bürgerliche Soldatenräte durften redend und abstimmend über das Schicksal der deutschen Revolution mitentscheiden.

Diese Leute, die damals Soldatenräte waren und ihre einzige Rettung darin sahen, die Mehrheitssozialisten zu stärken und zu stützen, sind heute Mitkämpfer und Führer der erbittertsten Reaktion. Sie setzen damit im Grunde nur das Werk der Konterrevolution fort, das sie damals unter den besonderen Bedingungen der Umsturzzeit in verschleierter Form begonnen hatten. Aus diesen Tatsachen muß die Arbeiterschaft die entscheidende Lehre ziehen, daß in einer revolutionären Situation nur denjenigen Funktionen und Aemter überlassen werden dürfen, die durch gewerkschaftliche und politische Arbeit der Vergangenheit ihre Verbundenheit mit der Arbeiterbewegung und ihre proletarische Zuverlässigkeit erwiesen haben.

SA-Mörder und staatliche Behörden

Gerade in den Weihnachtstagen ist der Fememord aufgedeckt worden, den die Dresdener SA an einem Kameraden in grauenhaftester Form begangen hat. Inzwischen liegen aus verschiedenen anderen Teilen Deutschlands Meldungen über weitere nationalsozialistische Fememorde und über Bluttaten von Nazis gegen Nazis vor.

Es handelt sich hier also nicht um Einzelfälle, sondern um Erscheinungen, die für den allgemeinen Charakter dieser Bewegung kennzeichnend sind. Zugleich erhalten diese Vorgänge ihre besondere Bedeutung durch die Rolle, die die staatlichen Organe bei diesen gemeinen Verbrechen spielen. Die Dresdener Polizei hat nach berühmten Vorbildern, die ihr früher in München und in unzähligen anderen deutschen Städten geboten worden sind, die Mörder entwischen lassen und zwar unter Umständen, die nicht mehr auf Unfähigkeit und Leichtfertigkeit der unteren Polizeiorgane, sondern auf bewußte Sympathie führender Polizeiinstanzen für die nationalsozialistische Bewegung hindeuten. Von der Justiz ist schon gar nichts zu erwarten, wie man nach unzähligen Urteilen deutscher Gerichte und besonders auch nach dem Verhalten des Reichsgerichts gegenüber den Boxheimer Dokumenten zur Genüge weiß.

So zeigt sich auch hier wieder, daß die Arbeiterschaft sich nicht auf irgendwelche Organe dieses Staates verlassen darf, sondern nur auf sich selbst, auf ihre eigene Kraft. Diese Kraft des Proletariats kann aber nur dann erfolgreich eingesetzt werden, wenn die gesamte Arbeiterklasse in geschlossenen Aktionen dem faschistischen Terror entgegentritt.

Verantwortlich: Bruno Sacher Breslau; Inserate Herbert Scholz Breslau; Verlag: Sozialistischer Verlage G. m. b. H. Breslau Lohndruck Th. Schatzky A.-G., Breslau, Neue Graupenstr. 7
Expedition: Breslau Gartenstr. 21 3 Treppen. Telephon 206 02
Alle Zahlungen sind zu leisten an Walter Geburt Breslau 5, Gartenstr. 21 Postscheckkonto Breslau 757 89 oder Städtische Sparkasse Breslau Konto-Nr. 102 97

18 Tote und 27 Verletzte

Der Brand der Atlantique — Ein Bericht des Kapitäns

Cherbourg, 5. Januar (United Press).

Die „Atlantique" treibt nach den neuesten Sichtmeldungen in der Nähe von Portland-Bill an der englischen Küste (gegenüber den Kanalinseln). Nach ihrem Kurs zu urteilen, nimmt man an, daß das Wrack schließlich an der englischen Küste auf Grund laufen wird. Das Schiff scheint bereits zu einem großen Teil ausgebrannt zu sein, denn das Feuer ist nach den letzten Beobachtungen stark zurückgegangen. Die Zahl der Opfer wird jetzt sicher mit 18 Mann angegeben, nachdem es möglich gewesen ist, einen Vergleich zwischen der Zahl der Geretteten und der Liste der Besatzung anzustellen. Zunächst hatte man sogar mit einer Totenzahl von 30 bis 35 gerechnet. 27 Mitglieder der Mannschaft, die jedoch in Sicherheit gebracht werden konnten, haben bei dem Unglück Verletzungen davongetragen.

Paris, 5. Januar.

Heute liegen in Paris genauere Nachrichten über die Brandkatastrophe der „Atlantique" vor.

Das erste S. O. S.-Signal wurde von dem deutschen Dampfer „Ruhr" aufgenommen, der es nach einer englischen Station auf der Insel Wight weitergab. Von dort aus wurde die Meldung weitergegeben und von den Stationen Cherbourg und Le Havre und von den holländischen Schiffen „Erota" und „Schilles" und dem englischen Schiff „Ford Castle" aufgenommen. Die drei Schiffe begaben sich sofort an die Unglücksstelle, wo sie bereits die „Ruhr" antrafen. Die „Ruhr" war das erste Schiff, das die Brandstätte verließ. Am Abend trafen die Rettungsschiffe in Cherbourg ein. Die „Ruhr" hatte 86 Mann an Bord, der „Achilles" 35 Mann, das englische Schiff hatte 6 Mann aufgenommen und ein anderes Schiff, „Alegro" (ein Schiff dieses Namens ist in der Liste der Personen- oder Frachtdampfer nicht aufgeführt; es scheint sich deshalb wohl um einen französischen Kanal- oder Hochseeschlepper dieses Namens zu handeln. D. Red.) hatte 84 Mann gerettet.

Der Bericht des Kapitäns

„Um 3 Uhr 30 Minuten gab der Wächter den Feueralarm. Er hatte aus einer Kabine erster Klasse, die unbewohnt war, dichten Rauch entsteigen sehen. Ich gab sofort Befehl zu Rettungsmanövern. Es gab keine Panik. Der Telegraphist gab von seiner raucherfüllten Kabine SOS-Zeichen. Einige Sekunden später mußte man ihn halb erstickt aus der Kabine tragen. Alle Apparate standen bald in Flammen. Wir kämpften 1½ Stunden lang mit allen Mitteln gegen den Brand. Aber um 5 Uhr stand der ganze Mittelteil des Schiffes in Flammen. Um 6 Uhr, als ich einsah, daß die Rettung des Schiffes mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln unmöglich war, gab ich den Befehl zur Räumung. Die Mannschaft setzte **die Rettungsboote ins Wasser.** In diesem Augenblick ereignete sich ein Unglück. Die Seile eines Rettungsbootes wurden von den Flammen erreicht und das Boot stürzte mit den Insassen ins Wasser. Ich erfuhr später, daß ein Teil der Insassen dieses Bootes von unserem Motorboot gerettet worden war, die anderen müssen bei diesem Unglück ums Leben gekommen sein.

Einige unserer Matrosen, besonders in den Maschinenräumen, dürften bereits am Anfang in den Flammen erstickt sein. Andere sind dabei schwer verletzt.

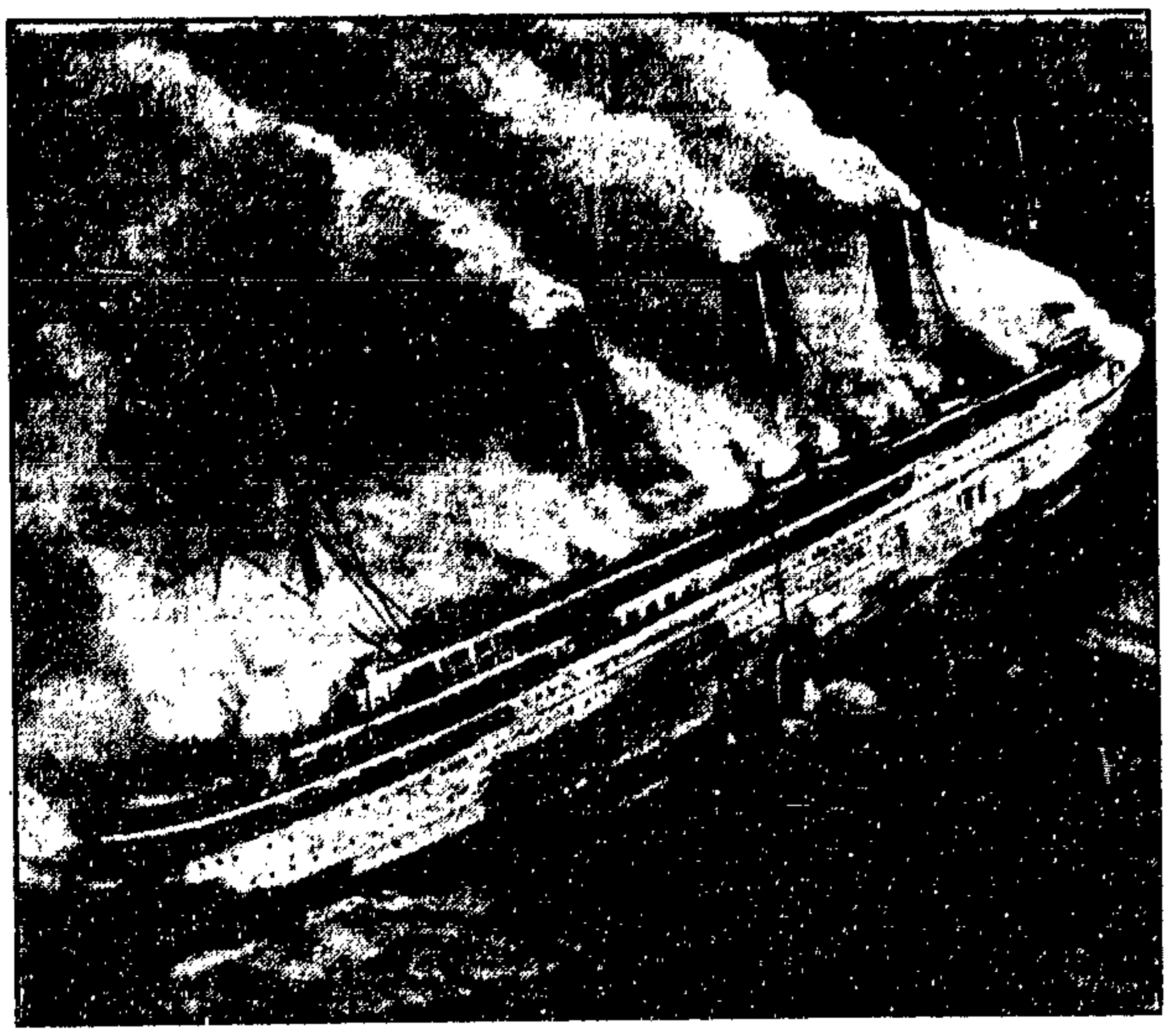
Die „Ruhr" traf um ½7 Uhr ein und rettete die in den Booten befindlichen Matrosen. Nur unser Motorboot blieb im Wasser, um etwa auf dem brennenden Schiffe zurückgebliebene Matrosen aufzunehmen. Es sollen von dem Motorboot tatsächlich 12 Mann gerettet worden sein. Ich blieb mit einigen Offizieren und Matrosen bis 11.30 Uhr auf dem Vorderteil der „Atlantique", bis die Flammen so heftig wurden, daß ein längeres Verbleiben auf dem Schiff unmöglich war. Ich ordnete die vollständige Räumung des Schiffes an und verließ mit meinen Gefährten das Schiff. Ueber die Ursache des Brandes kann ich nicht die geringste Erklärung abgeben und nicht einmal eine Hypothese aussprechen."

Der Minister der Handelsmarine, Léon Meyer, ist gestern Abend 10 Uhr in Cherbourg eingetroffen und besuchte die gerettete Mannschaft. Nach dem Gespräch mit dem Kapitän sagte der Minister, der Kapitän halte die elektrische Anlage nicht für den Ausgangspunkt des Brandes; es habe seiner Ansicht nach keinen Kurzschluß gegeben.

Man hat die Hoffnung nicht aufgegeben, wenigstens die Maschinen des Schiffes retten zu können. Das Schiff war bei Londoner Versicherungsgesellschaften mit 170 Millionen Francs versichert. Der mit der Einrichtung der Sicherheitsvorrichtungen an Bord des Schiffes betraute Ingenieur erklärte in Bordeaux, daß alle Vorsichtsmaßnahmen gegen Feuer getroffen waren. Seiner Meinung nach hat böswillige Absicht einen Ausbruch des Brandes herbeigeführt. Diese Ansicht wird auch in einigen Zeitungen, wie immer in solchen Fällen, ausgesprochen. Der

„Populaire" glaubt aber, daß ein Konstruktionsfehler den Brand verschuldet habe,

wie es im Falle des „Georges Philippar" beinahe bewiesen worden sei. Der Minister für Handelsmarine hat eine strenge Untersuchung angeordnet, die wohl über die Ursache der Katastrophe besseren Aufschluß geben wird, als alle vorläufigen Hypothesen.



Eine Flugzeugaufnahme von der brennenden Atlantique

Kleinbürger in falscher Front

Aus Strehlen wird gemeldet: „Hier beging ein 23jähriger Angestellter einer Speditionsfirma Selbstmord durch Erhängen. Wegen geringfügiger Verfehlungen sollte er von seinem Arbeitgeber zur Rede gestellt werden und hat daraufhin anscheinend aus Angst vor Entlassung die Tat begangen."

Mit dem Fortschreiten der wirtschaftlichen Krise geht der verschärfte Niedergang des Kleinbürgertums, der kleinen Mittelstände, der selbständigen Handwerker, Einzelhändler, der Agenten und Handlungsreisenden, der Aerzte, Juristen und Techniker in wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Hinsicht einher. Diese Menschen, die sich noch heute als Glieder der herrschenden Klasse fühlen, deren Denken und Handeln dem Denken und Handeln der herrschenden Klasse nachgebildet sind, erkennen die Ausweglosigkeit ihrer Lage, beginnen mit von der Not geschärften Augen nach der Ursache der grundlegenden Veränderung ihres ökonomischen und sozialen Seins zu forschen. Aber das Sein der Zwischenklasse läßt nicht die geradlinige, revolutionäre Analyse der bestehenden Verhältnisse zu, wie sie das Proletariat vermöge seiner besonderen gesellschaftlichen Lage durchzuführen vermag.

Diese allgemeine in wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Herkunft des Kleinbürgertums begründete Kurzsichtigkeit ist als Wesenszeichen in die Theorie des Hitler-Faschismus wie auch des Faschismus der hohen deutschen Bürokratie eingegangen.

Der Blick der in der Gegenwart gepeinigten Kleinbürger wendet sich unter der sanften Beeinflussung durch die ihm wesensverwandte faschistische Ideologie der „glücklichen" Vergangenheit oder der Seligkeit des Jenseits zu. Die Freuden des Himmels und die Zukunftssprüche der Sterne werden für die weniger praktisch eingestellten Kreise des Kleinbürgertums von Geistlichkeit und Scharlatanen verschiedenster Schattierung feilgeboten.

Die praktischer veranlagten Kleinbürger werden durch die Verlautbarungen der Mittelstandstagungen aller Richtungen, Branchen und Konfessionen versorgt.

So tagte am 16. Oktober 1932 im ehemaligen preußischen Herrenhaus zu Berlin das „Reichskartell des selbständigen Mittelstandes". Dort ist, wie bisher auf jeder Tagung des deutschen Mittelstandes, die „wirkliche Ursache" für das Unglück des Mittelstandes gefunden und Wege zu Glück und Wohlstand gewiesen worden. Endlich soll mit der „Gewerbezügellosigkeit" Schluß gemacht werden. Dabei wurde allem Anschein nach unter Gewerbezügellosigkeit das ungehinderte Eindringen „großkapitalistischer und kollektivistischer Einzelhandelsbetriebe ... mit handwerklichen Nebenbetrieben" verstanden. Daher wurden damals gesetzgeberische Maßnahmen zur Unterbindung dieser „Entartungserscheinungen der Gewerbefreiheit" gfordert. Diese Tagung vom 16. Oktober betonte jedoch noch: „Grundsätzlich halten wir an der Gewerbefreiheit fest."

Genau eine Woche war das Land gegangen, da hielt der seit dem in die germanische Heroengeschichte eingegangene Herr von Papen vor den Berliner und märkischen Handwerksobermeistern eine seiner schneidigen Reden. Sie enthielt zu den noch sehr zurückhaltenden Forderungen des „Reichskartells des selbständigen Mittelstandes" sozusagen die Ausführungsbestimmungen. Damals sollte „das Volk befähigt werden" ... „seinen Willen durch seine anderen Vertretungen geltend zu machen: zu ihnen gehören die Berufsvertretungen, die von ihm selbst geschaffenen Organisationen der wirtschaftlichen Selbstverwaltung". Mit diesen Worten hat der damalige deutsche Reichskanzler ganz offiziell einem Kreis von repräsentativen Vertretern des Mittelstandes den Vorschlag zu einer Rückkehr zum mittelalterlichen Ständestaat gemacht.

Inzwischen fand am 10. Dezember in der „Technischen Hochschule" in Berlin die erste Tagung des „Bund für organischen Staats- und Wirtschaftsaufbau" statt. Die beiden Hauptreferenten dieser Tagung waren Professor Dr. Gerhard Albrecht-Jena und Dr. Karl Vorwerk. Herr Albrecht bemühte sich redlich, historisch und soziologisch die unumstößliche Notwendigkeit einer „berufsständischen Sozialordnung" zu begründen. Er behauptete unter anderem gar kühn, daß in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts durch das Auftreten der gewerkschaftlichen Bewegung die bis dahin offenbar seinen Wünschen entsprechende Gesellschaftsordnung zerstört worden sei. An ihre Stelle sei „der Klassengegensatz der Wirtschaftskräfte" getreten. Schon aus diesem einen kleinen Beispiel läßt sich ersehen, wie vergeblich in dieser Frage die „wissenschaftlichen" Bemühungen des Herrn Albrecht aus Jena waren. Ihm folgte dann Herr Vorwerk, der versuchte, den berufsständischen Aufbau der zukünftigen deutschen Wirtschaft zu schildern. Nach seiner Darstellung soll jeder Berufsstand die ihm angehörenden Unternehmer, Angestellten und Arbeiter umfassen. Typisch ist, daß ferner auf dieser Tagung der Grundsatz ausgesprochen wurde, daß ein Einbau der Gewerkschaften in ein derartiges Gesellschaftssystem unter allen Umständen ausgeschlossen sei. Hier sind die Gedanken des Herrn von Papen mit kleinbürgerlicher Verbohrtheit weiter ausgebaut, nach kleinbürgerlich-deutscher Manier zu einem pseudowissenschaftlichen System herausgeputzt, wieder aufgetaucht. Auf dieser Tagung in der Technischen Hochschule hat man sich gar nicht mehr mit solchen Kleinigkeiten, wie mit der, wie die Sage geht, in der Reichsverfassung im Artikel 151 garantierten Gewerbefreiheit aufgehalten. Mit gläubigem Aufblick nach dem Italien des faschistischen Korporationssystems, das auch eine Form des „Ständestaates" darstellt, ist nicht mehr und nicht weniger als die Rückkehr zu einer Gesellschaftsordnung gefordert worden, die in derartiger Reinheit nicht einmal im 15. Jahrhundert zu finden gewesen wäre. Hier zeigt sich die ganze gesellschaftlich und geschichtlich begründete Kurzsichtigkeit und Unwissenheit der kleinbürgerlichen Ideologen. „Auf einer gewissen Stufe der Entwicklung der Produktions- und Verkehrsmittel entsprachen die Verhältnisse, worin die feudale Gesellschaft produzierte und austauschte, die feudale Organisation der Agrikultur und Manufaktur, mit einem Wort die feudalen Eigentumsverhältnisse den schon entwickelten Produktivkräften nicht mehr. Sie hemmten die Produktion, statt sie zu fördern. Sie verwandelten sich in ebensoviele Fesseln. Sie mußten gesprengt werden, sie wurden gesprengt." Diese grundlegende Erkenntnis des Kommunistischen Manifests ist den Vertretern des Mittelstandes bisher unbekannt geblieben, ja mußte ihnen unbekannt bleiben. Denn kleinbürgerliches gesellschaftliches Wollen will „entweder die alten Produktions- und Verkehrsmittel wieder herstellen und mit ihnen die alten Eigentumsverhältnisse und die alte Gesellschaft, oder es will die modernen Produktions- und Verkehrsmittel in den Rahmen der alten Eigentumsverhältnisse, die von ihnen gesprengt wurden, gesprengt werden mußten, gewaltsam wieder einsperren."

Noch nicht ganz zu diesem Standpunkt hat sich der „Deutsche Anwaltsverein" durchgerungen, wie seine letzte Tagung am 4. Dezember, von der wir bereits berichteten, bewiesen hat. Aber gerade im Zusammenhang mit den kleinbürgerlichen Reformbesprechungen muß darauf hingewiesen werden, daß die folgerichtige Durchführung der Entschließung dieser Anwalteversammlung zur vollkommenen Beseitigung der gesellschaftlichen Einrichtung des „Freien Berufs" zu Gunsten einer mittelalterlichen zünftlerischen Zugangsverfassung führen muß.

Alle diese Forderungen der Organisationen des Mittelstandes sind reaktionär und utopisch zugleich. Sie sind reaktionär, weil sie durch die Wiederherstellung längst verlorengegangener gesellschaftlicher Gliederungen die für ihre Klasse sich ergebenden Nachteile der spätkapitalistischen Produktionsverhältnisse unwirksam machen wollen. Sie sind utopisch, weil die modernen Produktivkräfte selbst für den Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft zu gewaltig geworden sind, so daß sie erst recht, wenn sie sogar diese zu sprengen im Begriff sind, mittelalterliche, ständische Zwirnsfäden zerreißen würden. Mit alchymistischen Mittelchen, wie der Propagierung eines faschistischen Ständestaates, wird die Not des Mittelstandes in Gegenwart und Zukunft nicht gemildert werden können, wie sehr auch die Großbourgeoisie die anpreisenden Scharlatane heimlich oder offen unterstützen mag. Die Kleinbürger müssen erkennen lernen, wo ihre wahren Feinde stehen, wo die Ursache für ihren wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Niedergang liegt; sie werden dann an der Seite des klassenbewußten Proletariats gemeinsam mit den Millionen der Werktätigen gegen den Kapitalismus, gegen die Bourgeoisie kämpfen.

Die wahren Schuldigen

Genosse Marschallek rehabilitiert

Als im Februar dieses Jahres unser Genosse Marschallek und seine Frau wegen angeblicher Verfehlungen bei dem städtischen Pfandleihinstitut vor Gericht standen, ergab die Beweisaufnahme nichts für die Verurteilung der Angeklagten. Die beiden Genossen wurden wegen Unschuld freigesprochen. Wir hatten jedoch schon damals auf die unerhörten Schärfen in den Aussagen des Hauptzeugen, des damaligen Direktor Emmes, hingewiesen, die zu der Vermutung Anlaß gaben, in ihm einen der Hauptschuldigen an den Unregelmäßigkeiten des Institutsbetriebs zu erblicken. Diese Vermutung hat sich gestern vor dem Breslauer Schöffengericht bestätigt.

Angeklagt war der Direktor Emmes selbst, dem einwandfrei nachgewiesen werden konnte, daß er einen zur Versteigerung bestimmten Nerzpelz mit einem Auszeichnungswert von 500 bis 600 Mark für sich selbst zurückgelegt und zu einem Preise von 300 Mark, d. h. unter dem Selbstkostenwert, erstanden hat. Emmes, der in diesem Falle als Beauftragter des Magistrats bewußt und zum Nachteil des Magistrats gehandelt hat, wurde auf Antrag des Staatsanwalts hin zu einer Geldstrafe von 150 Mark bzw. 10 Tagen Gefängnis verurteilt. Der sattsam bekannte nationalsozialistische Verteidiger Schröter bemühte sich im Verlauf einer ausgiebigen Verteidigungsrede vergeblich, die Glaubwürdigkeit der Angestellten, die als Zeugen in dem Prozeß auftraten, anzuzweifeln und politische Momente als Ursache für diesen Prozeß in den Vordergrund zu schieben. Wie das Urteil bewiesen hat, ist davon nicht die Rede. Dagegen haben die bisherigen Verhandlungen gezeigt, daß Direktor Emmes alles daran setzte, ihm politisch mißfällige Angestellte in Mißkredit zu bringen.

Wie wir weiter mitteilen können, ist im Dezember vorigen Jahres auch der Angestellte Scholz verurteilt worden, der die dem Genossen Marschallek zur Last gelegten Straftaten begangen hat. Auffällig bleibt nur das Dunkel, das man anscheinend über diese Unregelmäßigkeiten zu breiten sich bemüht. Hat schon der Prozeß gegen Genossen Marschallek das Bild eines recht ungebräuchlichen Geschäftsgebarens und einer allgemeinen Schlamperei in dem Institut gezeigt, für das doch Emmes als Direktor verantwortlich war, so erhebt sich nach den jetzt erwiesenen Verfehlungen erst recht die Frage, warum die Stadt diesen Herrn bei seiner seinerzeitigen Entlassung mit einer so hohen Abfindungssumme bedachte?

Unser Genosse Marschallek ist durch die beiden letzten Verfahren rehabilitiert. Damit ist aber auch die unsaubere Methode gerichtet, mit der der damalige rechte Flügel der SPD auf Grund eines unbewiesenen Verdachtes gegen Genossen Marschallek und darüber hinaus gegen die linke Opposition vorging. Daß die „Volkswacht" über die Rehabilitierung unseres Genossen Marschallek auch nicht ein Sterbenswörtchen berichtet hat, wollen wir ihrem oft bewiesenen Mangel an Takt und Sauberkeit in ihrer Auseinandersetzung mit der SAP zuschreiben.

E. K.

Sachsenseite der SAZ

Hochlitz

Das neugewählte Stadtverordneten-Kollegium stellt sich vor. Die Mandate verteilen sich wie folgt: Bürgerliche Einheitsliste 6, Nazis 6, SPD 4, KPD 2, SAP 1. Im alten Kollegium waren nur 6 linke Vertreter, im neuen 7.

Hauptgegenstand der Sitzung war Neuwahl des Präsidiums, und hierzu ist folgendes zu sagen: Nach einer, für die arbeitslosen Tribunenbesucher belanglosen Ansprache des Bürgermeisters, bittet er um Vorschläge für den 1. Vorsteher; vorgeschlagen wird Starke (Nazi), Kühnert (SPD), Schwarze (KPD). Starke wird mit den Stimmen der Bürgerlichen gewählt, Kühnert (SPD) erhält 3, Schwarze (KPD) eine Stimme. Zum 2. Vorsteher wird vorgeschlagen: Harnisch (Bürgerl. Einheitsl.), Schwarze (KPD). Gewählt wird mit den Stimmen der Nazis Schulleiter Harnisch. Vorgeschlagen als 1. Schriftführer wird Hotelbesitzer Huhn (Bürgerl. Einheitsl.) und Schwarze (KPD). Huhn wird mit den Stimmen der Nazis gewählt. Schwarze erhält eine Stimme. Zum 2. Schriftführer wird vorgeschlagen Obersekretär Seidel (Nazi) und Schwarze (KPD); gewählt wird mit den Stimmen der Bürgerlichen Seidel (Nazi). Schwarze (KPD) erhält eine Stimme.

Zu den, nun abgeschlossenen Kuhhandel haben wir nun noch einiges zu sagen. Vor uns liegt ein 10 Seiten starkes Wahlbilderbuch der NSDAP zur Gemeindewahl. In diesem wird die Bürgerliche Einheitsliste wie folgt glossiert (alles Originaltext):

„Das Theaterstück betitelt sich „Die andere Seite". Es handelt sich hier um die Vertreter der längst auf dem Aussterbeetat stehenden Parteien.

Die Darsteller setzen sich zusammen aus:
Einige Deutschnationale,
„ Wirtschaftsparteiler,
„ Beamte, marxistisch organisiert,
„ Reichsbanner u. Konsumvereinsmitglieder, (die sich in der Liste geirrt haben),
„ Gewerbeverbandsmitglieder,
„ Kampfgemeinschaftsmitglieder (also sehr viel Glieder und kein Kopf)
und 2 Klempner (die wahrscheinlich den kaputen Laden wieder zusammenlöten sollen).
dazu kommt noch der Dienstag-Kegelklub aus der Post."

Mit der neuen Parole „Der Weg in's Ungewisse" setzt man die Prominentesten auf ein Kamel gibt ihnen die Kegelklubfahne mit und schickt sie in die Wüste. (Bildlich dargestellt.) Auweeh!

Was ergibt nun die Praxis: es genügte ein Klempner, um den Laden — Bürgerliche Einheitsliste und Nazis — zusammenzulöten. Man wird sich ein zweites Kamel besorgen müssen für die Nazis, und sie reiten nun gemeinsam den Weg in's Ungewisse. Das nächste Mal mehr aus diesem Bilderbuch.

SPD machte im 2., 3. und 4. Wahlgang keine Vorschläge mehr; ja, so einen Fußtritt von den Bürgerlichen hatten sie wohl nicht erwartet. Na, dazu braucht man wahrlich nicht viel Prophetengabe, um zu sehen, wie es kam. Genau, wie wir vorausgesehen. Hoffentlich ist ihnen das eine Lehre für die Zukunft.

In dieser Sitzung wurde noch der KPD-Vertreter Kuppka, welcher sich für diese Sitzung entschuldigt hatte wegen Krankheit (?), von seinem Mandat entbunden; er legt sein Mandat nieder mit der Begründung, nicht mehr Mitglied der Partei zu sein.

Die in Alarmbereitschaft stehende Polizei brauchte nicht in Aktion zu treten.

Wir werden an dieser Stelle weiter fortfahren, über die Sitzungen zu berichten.

Radebeul

Der Vorbereitungsunterricht für die Jugendweihe des Arbeiter-Kultur- und Sport-Kartells beginnt in der ersten Woche nach den Weihnachtsferien. Die Jugendweihe findet am Sonntag, dem 2. April, in der Turnhalle statt. Die Arbeitereltern, deren Kinder die Schule verlassen, werden gebeten, baldigst die Anmeldung zum Unterricht beim Vorsitzenden der Freidenker, Genossen Börner, Oststraße 1, abzugeben.

Groß-Olbersdorf

Gemeinderatssitzung. Der überfüllte Zuhörerraum zeigt das große Interesse an dieser Sitzung. Auch der sozialdemokratische Bürgermeister als Einberufer wird nervös und droht sofort, nach kurzem Lachen im Zuhörerraum, mit Ausschluß und Schließung der Sitzung. — Unverständliche Sorgen eines sozialdemokratischen Bürgermeisters. Allgemeine Heiterkeit ergab die schriftliche Erklärung des einzigen bürgerlichen Verordneten, daß dieser zur N—un S—ind D—ie A—uch P—leite übergetreten sei. Das war der Arbeiterschaft nichts Neues, denn dorthin gehörte dieser schon lange. Die nunmehr auf sieben Mann angewachsene Nazifraktion scheut das Licht der Oeffentlichkeit und die Kritik ihrer Arbeit, deshalb stellt diese Antrag auf Einführung von Platzkarten. Von der Linken wurde dies vereitelt, weil es von dieser als geschäftsordnungändernd angesehen wurde und sie deshalb den Saal verließ. Festgestellt wurde daraufhin die Beschlußunfähigkeit und verdatterte Gesichter bei den Nazis. Um den Wohlfahrtsausschuß arbeitsfähig zu machen, mußte eine Verfassungsänderung vorgenommen werden. — Die Nazis wollten nicht auf ihr „Paradepferd" verzichten. W. U. ist scheinbar der beste Mann dazu??

Um die einzelnen Positionen in den Ausschüssen fürs Proletariat zu verbessern, stimmte unser Genosse bald für die SPD, bald für die KPD. Hierbei verdient die SPD auch einmal ins rechte Licht gerückt zu werden, die das Eintreten unserer Partei zu gemeinsamem Handeln als Bettelei hinstellte. Nein, nein, wir bitten und betteln nicht, wir kämpfen. Nur soll man Klasse als Klasse behandeln, und nicht Parteiegoismus treiben zum Schaden des gesamten Proletariats. Die SAP hat gezeigt, was zu tun ist. Wann endlich werden SPD und KPD einsehen, daß nur gemeinsames Handeln die Arbeiterschaft vorwärts bringt?

In Sachsen die Hälfte des Proletariats arbeitslos

Zwei Urteile über die weitere Wirtschaftsgestaltung

Im Heft 11 der „Statistischen Monatsübersichten für den Freistaat Sachsen" werden Zahlen veröffentlicht über die katastrophale Schrumpfung der sächsischen Betriebe in der Zeit von 1928 bis 1932. Die Zahl der in Handels-, Gewerbe- und Industrieunternehmen in Sachsen Beschäftigten ist gemäß der Zählung vom 1. August 1932 in den letzten vier Jahren um 619 959, das sind 43,1 Prozent, zurückgegangen. Das Baugewerbe ist mit 71,7 Prozent am stärksten vom Rückgang betroffen, ihm folgen die Spielwaren- und Musikinstrumenten-Industrie mit 69,7 Prozent, die Industrie der Steine und Erden mit 62,6 Prozent, die Eisen- und Metallgewinnung mit 62,5 Prozent, das Holz- und Schnitzstoffgewerbe mit 60,6 Prozent, der Apparate-, Fahrzeug- und Maschinenbau mit 59 Prozent, die Eisen-, Stahl- und Metallwaren-Industrie mit 54,2 Prozent, die elektrotechnischen, feinmechanischen und optischen Unternehmen mit 51,1 Prozent Rückgang der Beschäftigten innerhalb vier Jahren.

Ganz erheblichen Beschäftigten-Abgang haben zudem zu verzeichnen: Leder- und Linoleumindustrie 44,1 Prozent, Textil 42,4 Prozent, Bekleidung 37,7 Prozent, Kautschuk und Asbest 36,6 Prozent und die papierverarbeitende Industrie 36,1 Prozent. Hingegen haben Wasser-, Gas- und Elektrizitätsindustrie „nur" 29,4 Prozent, Chemie „nur" 26,6 Prozent, Nahrungs- und Genußmittel „nur" 15 Prozent ihrer Belegschaften aufs Pflaster geworfen.

Am stärksten betroffen ist das Gebiet der sächsischen Lausitz mit einem Personalrückgang von 51,1 Prozent. In den vier sächsischen Großstädten: Leipzig, Dresden, Chemnitz und Plauen, die ein Drittel der sächsischen Bevölkerung beherbergen, beträgt

der Rückgang im Durchschnitt 48,9 Prozent der Beschäftigten, also fast die Hälfte gegenüber dem Stande von 1928.

In diesem Zusammenhange ist sehr erwähnenswert der Bericht der Industrie- und Handelskammer Dresden für das Jahr 1932, den der Kammerpräsident Wolf erstattete. Nach ihm stehen Regierung und Wirtschaftsführung" trotz der Milliarden umfassenden Subventionswirtschaft nach wie vor der ungelösten Frage, wie die Erwerbslosigkeit behoben werden kann. Nach dem Kapitalsverfechter Wolf haben es die Unternehmer seit Dr. Brünings glorreichen, von der SPD tolerierten Regierungskunst so gut wie verlernt, das wirtschaftliche Risiko für ihre privaten Unternehmen zu tragen, obzwar sie bei jeder Gelegenheit mit lautem Tonfall nach der „freien, ungebundenen Wirtschaft" schreien. Nach Wolf ertöne „der Ruf nach Staatshilfe aller Art" immer häufiger, selbst ausgesprochene „Subventionswünsche" werden von den Industrie- und Handelsherrschaften laut, gar nicht zu sprechen von den Anträgen auf „Steuererlaß" und andere „indirekte Staatshilfe".

Die Rede des Kammerpräsidenten Wolf enthält auch nicht einen begründeten Hinweis, der auf eine Besserung der wirtschaftlichen Lage begründete Schlußfolgerungen zuläßt. Die nackten Zahlen des Statistischen Landesamtes für Sachsen kennzeichnen die Lage und die weitere Entwicklung. Dem Vorstandsmitglied des Konsumvereins „Vorwärts" für Dresden und Umgegend, dem Reformisten Petri, hingegen scheint die Gabe des Hellsehens beschieden worden zu sein, derweil er in einer Genossenschaftsmitgliederversammlung in Glashütte i. Sa. die Behauptung aufstellte, daß die Wirtschaftskrise ihr Tiefst erreicht habe und alle wirtschaftlichen Anzeichen neuen Aufschwung, lohnende Arbeit und Brot für alle verkünden. Bei den Reformisten ist auch hier der Wunsch der Vater des Gedankens, durch derartige Versprechungen ihre immer stärker sich betrogen fühlenden Anhänger abzuhalten, die Generalabrechnung mit dem Reformismus zu vollziehen. Diese Abrechnung aber wird trotzdem kommen.

SAP, Bezirk Lausitz. Gemeindevertreterkonferenz am Sonnabend, dem 14. und Sonntag, dem 15. Januar in der „Lampelburg" in Neugersdorf. Beginn Sonnabend um 18 Uhr. Leiter ist der Genosse Lorenz.

Zur Tagesordnung:
1. Bezirkstagswahlen.
2. Gemeinderecht.
3. Unsere kommunalpolitischen Forderungen.
4. Verschiedenes, Anfragen.

Anfragen können schon vor der Konferenz schriftlich beim Genossen Lorenz gestellt werden. Alle Gemeindevertreter sind verpflichtet, an der Konferenz teilzunehmen. Interessierte Genossen können ebenfalls kommen. Mitgliedsbuch als Ausweis mitbringen.

Schönheide

Seit einigen Tagen kursiert im Ort das Gerücht, unsere hiesige Ortsgruppe hätte sich aufgelöst. Nachforschungen ergaben, daß dieses Gerücht von KPD und SPD verbreitet wurde. Ja, man hat sogar zum Silvesterrummel einige Grogs darauf getrunken. — Aululia, du hast'n Schwips, das seh' ich dir gleich an. — Die Grogs sind umsonst getrunken. Die hiesige SAP lebt, hat sich nicht aufgelöst und wird so lange sich nicht auflösen und kämpfen, bis sie die Aufgaben, die sie sich gestellt, erfüllt hat. Das ist unser Gelöbnis und das sei den Verbreitern dieser Mätzchen zum Jahreswechsel ins Stammbuch eingetragen.

*

Die diesjährige Sonnenwendfeier der „Freien Turnerschaft" im Hotel Schwan erfreute sich eines guten Besuches. Das reichhaltige Programm, welches nur von den Kindern bestritten wurde, befriedigte jung und alt. Hoffentlich ist all die Mühe und Arbeit und das Bestreben, den Kindern einige frohe Stunden zu bereiten, von Erfolg gekrönt. Für uns als SAP-Genossen entsteht die Pflicht, unsere Kinder und die uns nahe stehen zu den regelmäßigen Uebungsstunden zu schicken.

*

Die „Freie Turnerschaft" hält, wie uns weiter mitgeteilt wird, am Sonntag, dem 15. Januar, nachmittags 2 Uhr, im Sp.-Arb.-Heim ihre diesjährige Generalversammlung ab. Alle Turngenossinnen und Genossen werden ersucht, restlos zu erscheinen.

*

Die Jahreshauptversammlung der Arbeiterradfahrer findet am Sonntag, dem 8. Januar, nachm. 2,30 Uhr im Sp.-Arb.-Heim statt. Die Tagesordnung ist überaus wichtig, so daß es unbedingt Pflicht ist, daß jedes Mitglied erscheint.

Wilkau

„Nationale Front" im Suff. In der Neujahrsnacht wurde der Stahlhelmmann Forkel — angeblich ehemaliger Fliegeroffizier — total betrunken und blutend aufgefunden. Nach einwandfreien Mitteilungen wurde F. von einem Trupp jüngerer Stahlhelmer, bei denen er nicht in besonders hohem Ansehen steht, mit einer Zaunlatte verprügelt. Typisch ist, daß trotz dieses Tatbestandes vom „Stahlhelm" das Gerücht verbreitet wird, „die Kommunisten hätten F. blutig geschlagen". Es ist ihnen eben jedes Mittel recht, um den „Beweis" für das „Wüten von Rotmord" zu erbringen.

Nach der Wahl durch das Gemeindeverordnetenkollegium wurden jetzt Herr Päckert als erster und Herr Stickereibesitzer Weigel (Nazi) als zweiter Bürgermeister-Stellvertreter von der Amtshauptmannschaft bestätigt und in Pflicht genommen. Die Einwohner dürften von diesem sozialdemokratisch-nationalsozialistischen Gespann nicht viel Gutes zu erwarten haben.

Nach viereinhalbjähriger Tätigkeit verläßt der sozialdemokratische Bürgermeister Brendel Wilkau. Seine Amtszeit endete am 31. Dezember. Wir haben im „Kampfruf", der Ortszeitung unserer Partei, schon ausgiebig Stellung zu Brendels Tätigkeit genommen. Er hat sich, entsprechend der Politik seiner Partei, immer weiter nach rechts entwickelt. Die Arbeiterschaft hat daher keinerlei Anlaß, diesem Mann auch nur eine Träne nachzuweinen.

SAP Wilkau. Am Montag, dem 9. Januar, findet um 19,30 Uhr im „Kaisersaal" eine Mitgliederversammlung statt. Referent Genosse M. Leisterer.

SJV Südwestsachsen Bezirkskonferenz

Am Sonntag, den 15. Januar, findet vormittags 9 Uhr, in der Zwickauer Jugendherberge die Bezirkskonferenz des SJV für Südwestsachsen statt.

Tagesordnung:
1. Berichte des Vorsitzenden, Kassierers und der Revisoren,
2. Kommende Arbeit,
3. Beratung über ein Bezirksstatut,
4. Neuwahlen,
5. Verschiedenes,
6. Politisches Referat von der Genossin Edith Baumann, Berlin.

Die Bezirksleitung. I. A.: H. Weber

Mylau i. V.

§ 173. Der in Mylau wohnende Einwohner R. R. wurde von der 4. Strafkammer in Plauen zu einem Jahr zwei Monaten Zuchthaus verurteilt, zwei Monate Untersuchungshaft wurden in Anrechnung gebracht. Die Tochter des Angeklagten erhielt eine Gefängnisstrafe von zwei Monaten.

Kinderabteilung der Freien Turnerschaft. Im Turnplan der Kinder ist folgende Aenderung eingetreten: Im Alter bis zu 9 Jahren Donnerstag; von 9—14 Jahren Dienstag Turnstunde. Die bisherige Aufopferung in der Betreuung der Kinder und der glänzende Verlauf der Weihnachtsveranstaltung sollte für alle Arbeitereltern ein Ansporn sein, ihre Kinder restlos der Freien Turnerschaft zuzuführen.

Zwickau

Zwickau. Im Deutschen Theater lief der Film „Die fidele Herrenpartie", eine hundertprozentig kleinbürgerliche Familiengeschichte. Die Paudler, Picha und Kampers waren ganz in ihrem Milieu. „Donauwalzer" mit Liedtke — süßlich und romantisch. Bis zum Sonntag läuft „Spielereien einer Kaiserin" mit Lil Dagover, dazu Anny Ondra in dem Großlustspiel „Sündig und süß".

Das Palast-Theater bringt neben „Wie sag' ichs meinem Mann" mit Renate Müller, der Film von der Reichswehr „Unsere Hunderttausend". Dieser Film ist schon lehrreich und interessant. Nach einer tendenziös chauvinistischen Einleitung wird unbewußt, aber offen und klar, der Bürgerkriegscharakter der Reichswehr enthüllt; da ist jedenfalls alles vorhanden was gebraucht wird: Maschinengewehrabteilung bei jeder Kompagnie, Funker, Blinker, Winker, Meldehunde, Autos zur Fahrt durch jedes Gelände u. s. f. Gegen den „Inneren Feind" reicht es bis jetzt.

Dresden

Kauft bei
Schuh-Oestreich
das billige Schuhhaus Dresdens
Verkaufsstellen:
Jahnstraße 5, am Wettiner Bahnhof
Frauenstraße, Ecke Schössergasse
Königsbrückerstraße, am Albertplatz
Oschatzerstraße 13
Poststraße, neben Li-Mu

Heidenau

Sport-Walbert
Heidenau: Bahnhofstraße 3
Radeberg: Rathenaustraße 11
Meissen: Martinstraße 10
Niedersedlitz: Bahnhofstraße 11
Pirna: Schössergasse 1

Werbt Abonnenten

Frankenhausen

„PARADIES" Frankenhausen
Jeden Sonntag ab 4 Uhr der große **Ballbetrieb**
(Kapelle Maier)
ff. Speisen und Getränke
Es laden freundlich ein **Erich Schreiter u. Frau**

ORGANISATIONS NACHRICHTEN

SAP

Versammlungskalender

Zwickau. Achtung! Unsere Schulungsarbeit, begonnen mit Kursen der Gen. Walther und Frölich, wird fortgesetzt. Diesmal in der Form von Diskussionsarbeiten. Mittwoch, den 11. 1. 1933 ½8 Uhr spricht Gen. Hacke, Plauen, über die „Prinzipienerklärung der SAP". Lokal: „Jacob's Bergkeller", Trillerstr. (Bierbrücke).

Freidenker Planitz. Heute Sonnabend, 19.30 Uhr im Volkshaus Jahreshauptversammlung. Jedes Mitglied muß erscheinen. Zutritt nur gegen Vorzeigen des Mitgliedsbuches. — Dienstag, den 10. Januar, öffentliche Freidenker-Kundgebung im Volkshaus. Beginn 19.30 Uhr. Es sprechen Gen. Paul Kranz, Aue und Walter Merz, Plauen. Sorgt für Massenbesuch.